

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1.50 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6.10 Mk. für den Monat.
Postfachkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag o.G.m.b.H.“ Breslau.
Fernsprechkreis: Ring Nr. 8937.

Dienstag, 20. September 1921

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Millimeterzeile über deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Beleg- und Verammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, gewöhnlich über deren Raum im Text 2.— Mk.

Die Imperialisten bereiten eine neue Intervention gegen Sowjetrußland vor.

An die Arbeiter und Soldaten aller Länder!

Die herrschenden Klassen bedürfen in den kapitalistischen Ländern neuerdings eines Vorwandes, um den werktätigen Massen ihre verstärkten Vorbereitungen zu neuen blutigen Ueberfällen gegen Sowjetrußland zu verbergen. Solange sie noch behaupten, lassen sie nicht davon ab, ihre niedrigen Versuche zu erneuern, den Erb der proletarischen Revolution auszulöschen und auf diese Weise der ganzen internationalen Revolution einen schweren Schlag zu versetzen. Sie nützen die Lehren der Vergangenheit klug aus und benützen zu ihrem Kampfe neue taktische Methoden.

Die Wilsonsche Komödie mit ihrem Völkerverbund, die zur allgemeinen Entwaffnung und zur Garantie des Völkerfriedens führen sollte, sich aber in Wirklichkeit in einen Verband internationaler Bankiers und Trusts verwandelt, der das einzige Ziel hatte, die ganze Welt untereinander aufzuteilen, zu beherrschen und auszubeuten, diese Komödie wiederholte sich von neuem. Die internationalen Räuber schreien nun von neuem von allgemeiner Entwaffnung und berufen zu diesem angeblichen Zwecke eine Konferenz ein. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß sie neue Pläne schmieden und sich zu neuen Abenteuern und räuberischen Aktionen vorbereiten.

Der schreckliche Hunger,

unter dem viele Millionen russischer Arbeiter und Bauern infolge einer entsetzlichen Trockenheit leiden, erregte unter den werktätigen Massen aller Länder das Gefühl herzlichsten Mitleids und der Bereitwilligkeit zu brüderlicher Hilfe. Die kapitalistischen Regierungen und blutdürstigen Hyänen der internationalen Konterrevolution erwiderten sich als wehrlos, geteilt und kletterten sich diesem spontanen Ausbruch der Solidarität der werktätigen Massen der ganzen Welt mit den revolutionären Bauern und Arbeitern nicht entzogen. Im Gegenteile, sie brüchen gleichfalls ihre Bereitwilligkeit, den Hungernden zu helfen, aus. Aber es wäre eine Naivität, an die Aufrichtigkeit ihrer Gefühle und die Reinheit ihrer Absichten zu glauben. Räuberische Berechnungen leiten ihre „humanitären“ Gefühle und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Not der russischen Bauern vor kapitalistischen Hören zu neuen räuberischen Versuchen und Abenteuern ausgenutzt werden wird, um den ersten proletarischen Staat zu vernichten.

Zu der Tat dauern unter dem Deckmantel offizieller Erklärungen und Erwägungen, die in der Frage der allgemeinen Abrüstungen austauschen, und unter der Maske der offiziellen Besprechung der kapitalistischen Kreise, den Hungernden russischen Provinzen helfen zu wollen, die Plünderer der imperialistischen Staaten und ihrer gehorhamen Werkzeuge ununterbrochen an. Zur selben Zeit geht eine verstärkte und allseitige

Vorbereitung einer neuen Kampagne gegen Sowjetrußland

vor sich. Die weißgardistischen Banden, von der Roten Armee zerstückelt und in alle Welt zerstreut, sammeln und organisieren sich mit Hilfe der kapitalistischen Regierungen und internationalen kapitalistischen Räuber. Die an die Sowjetrepublik grenzenden Staaten gruppieren sich unter dem Druck der großen kapitalistischen Staaten und schließen mit dem offenen Ziel eines gemeinsamen Ueberfalls auf den Sowjetstaat Bündnisse ab. Die kleine Entente und die baltische Uebereinkunft stellen nichts anderes dar, als Werkzeuge der internationalen Konterrevolution gegen die mächtige und gefährliche Keimzelle der aufstrebenden proletarischen Revolution. Das englisch-japanische Uebereinkommen macht den japanischen Imperialisten im Fernen Osten die Hände frei. Die Arbeit in den Munitions- und Gewehrfabriken belebt sich neuerdings. Täglich werden insgeheim

aus Frankreich ganze Schiffsladungen und Eisenbahnzüge mit Waffen, Munition und anderem Kriegsmaterial nach Polen, Rumänien und in andere Länder transportiert.

In der Nähe der Grenze Sowjetrußlands werden große Munitionslager geschaffen. An dem Tage, an dem sich die Imperialisten zum Ueberfall auf Sowjetrußland entscheiden, werden sie den Widerstand des revolutionären europäischen Proletariats gegen die Durchfuhr von Waffen zum Kampf gegen die Rote Armee schon nicht mehr fürchten. Polen, Rumänien, Finnland und andere Länder rufen gleichfalls unter dem falschen Vorwand der ihnen von Sowjetrußland drohenden Gefahr unablässig und ununterbrochen zum gemeinsamen Ueberfall auf Sowjetrußland. Die herrschenden Klassen dieser Länder, die durch den imperialistischen Krieg verhärtet und wirtschaftlich den großen imperialistischen Ländern unterworfen sind, können ihre Herrschaft ohne finanzielle Unterstützung ihrer Schwärzen nicht aufrecht erhalten. Deshalb erwidern sie als gehorhame Lakaien der Velle und treiben mit dem Pläne der Kolonialmassen ihres Landes Handel. Das den Widerstand des Proletariats und der armen Bauernmassen dieser Länder anbelangt, so rechnen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, angeleitet von den Regierungen der Entente, bei der Unterwerfung derselben vollkommen auf den weißen Terror, mit dem sie jede revolutionäre Bewegung und jede kommunistische Organisation zu vernichten suchen.

Das Proletariat aller Länder muß vor dem höllischen Vorhaben der internationalen Konterrevolution gewarnt werden. Sie rüstet sich mehr als je zuvor und wartet den günstigen

Moment ab, um sich auf Sowjetrußland zu stürzen. In Hinsicht auf die ungeheuren Entbehrungen des russischen Volkes reißt sie sich voll Freude die Hände, ist entzückt von der Hoffnung des leichten und nahen Triumphes über ihren Todfeind. Aber der Untergang der Arbeiter- und Bauernrepublik würde nicht nur zur Wiederherstellung der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer in Rußland führen, und zur Unterjochung des werktätigen russischen Volkes unter die Macht des internationalen Kapitals, sondern würde auch die Verstärkung der Reaktion in der ganzen Welt und wahrscheinlich die Niederlage der internationalen Revolution auf lange Jahre zur Folge haben.

Die Sache der russischen Arbeiter und Bauern ist die Sache der werktätigen Massen der ganzen Welt.

Die von den russischen Arbeitern und Bauern geschaffene sozialistische Republik ist die wertvolle Errungenschaft des revolutionären Proletariats aller Länder. Die russischen Arbeiter und Bauern, die diese Errungenschaft vier Jahre hindurch unter so vielen Opfern und Leiden verteidigt haben, verteidigen nicht nur ihre Interessen, sondern auch die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder. Die Arbeiter aller Länder, die Sowjetrußland mit allen Mitteln den Schlägen des internationalen Kapitals gegenüber verteidigen und die den russischen Arbeitern und Bauern in ihrer Not allseitige und schnelle Hilfe bringen, verteidigen nicht nur die Interessen des russischen arbeitenden Volkes, sondern auch ihre eigenen Lebensinteressen. Niemals fand die internationale Solidarität des Proletariats eine solche Gelegenheit einer wirkungsvollen und pflichtmäßigen Kundgebung, wie wenn die Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Länder jetzt in spontanem Ausbruch den heroischen russischen Arbeitern und Bauern vor dem Angesicht des drohenden allgemeinen Feindes zu Hilfe eilen.

Der Feind ist geeint.

Wenn auch die kapitalistischen Truppen sich aus Geschätzrücksichten untereinander befinden, sind doch ihre Regierungen völlig einmütig bereit, sich in günstigem Falle zur Vergeltung auf das revolutionäre Rußland und die internationale proletarische Revolution zu stürzen. Das Proletariat ist leider infolge der verräterischen Politik der Sozialpatrioten, gehalten. Aber über den zerbrechenden Einfluß des Reformismus gewinnt der gesunde Klasseninstinkt der werktätigen Massen Ueberhand, der sie im Angesicht der Gefahr vereint.

Die Gefahr ist nahe und ernst.

Die rumänische Oligarchie rüstet sich in verstärktem Maße. Eine große Menge von Kriegsmaterial kommt stündlich an und wird an die ukrainische Grenze geschafft. Die Reserveoffiziere werden einberufen. Sanitätswesen wird mobilisiert, es rüstet sich wie zum Kriege. Für diesen Herbst sind in Bessarabien unter der Teilnahme großer Truppenmassen der Reserve große Manöver angesetzt. In diesen Gebieten sind auch russische weißgardistische Abteilungen einkonzentriert. Das ist nichts anderes als

das Vorzeichen der kriegerischen Absichten Rumäniens,

das beweist nichts anderes, als daß sich die Entente zu einer neuen kriegerischen Attacke gegen Sowjetrußland rüstet, wobei sie die traurige Lage vieler seiner Gouvernements ausnützt.

Diese Tatsachen müssen die Arbeiter der ganzen Welt alarmieren. Sowjetrußland ist neuerdings in Gefahr,

die internationale Revolution ist ernstlich bedroht.

Zatkräftige und rasche Hilfe den hungernden Massen — das ist die erste unerläßliche Pflicht, und diese Hilfe können nur die Arbeitermassen bringen. Der energische und entscheidende Kampf gegen die militärischen Vorbereitungen der kapitalistischen Regierungen, verhindert neue blutige Verbrechen, die eure Herren ausführen. Teilt mit Selbstaufopferung euer letztes ungenügendes Stückchen Brot, um euren armen russischen Genossen Hilfe zu bringen.

Arbeiter, auf zum Kampf! Auf, zu energischer Arbeit! In mutigem und entscheidendem Kampfe verhindert die militärischen Vorbereitungen und Rüstungen der kapitalistischen Regierungen, verhindert neue blutige Verbrechen, die eure Herren ausführen. Teilt mit Selbstaufopferung euer letztes ungenügendes Stückchen Brot, um euren armen russischen Genossen Hilfe zu bringen.

Weg mit den verbrecherischen Händen, die sich neuerdings gegen die russische Revolution ausstrecken!

Keinerlei Munitions- und Truppentransporte gegen Sowjetrußland!

Brot und rasche Hilfe für die russischen Arbeiter und Bauern!

Es lebe die A.S.F.S.R.!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Das Exekutiv-Komitee der Komm. Internationale.

Die neue Aktion Frankreichs gegen Sowjetrußland.

Das französische Finanzkapital wartet schon seit Jahren auf eine günstige Gelegenheit, um seine Herrschaft in Rußland aufzurichten. Die französischen Kapitalisten standen hinter Kollschal und Denikin, hinter Wrangel und Judenitsch. Sie schickten die russischen Weißgardisten ins Feuer, damit die erneuerte russische Monarchie der Basalfestung der Pariser Schieberclique werden sollte. Die opferwillige Tapferkeit der russischen Roten Armee hat bisher alle weißgardistischen Angriffe zum Scheitern gebracht. Und auch die von Frankreich in den Kampf gekehrten Polen haben im Jahre 1920 ihr Ziel nicht erreicht.

Die gegenwärtige Hungersnot in Sowjetrußland, die alle Kräfte der Mächtigkeiten in Anspruch nimmt, hat nun aber bei den kapitalistischen Mächtigkeiten neuen Appetit erweckt. Erneut sollen die Polen an die Front und die Rumänen sollen ihnen zur Seite stehen. Seit Monaten ist französisches Kriegsmaterial in Massen der Warschauer wie der Bukarester Regierung zugesandt worden. Ihr Grant vor der Wirtschaftskrise im eigenen Land, und sie wagt es nicht recht, ihr veratmetes Volk in ein neues Kriegsabenteuer zu stürzen. Da hat nun Frankreich den erschöpften Polen die Sporen in die Klauen gestoßen. Frankreich hat am 3. September an die polnische Regierung eine Note gerichtet, die von Polen erneut eine scharfe Kampfforderung gegen Sowjetrußland verlangt. Die Note betont ausdrücklich, daß Polen nur dann auf die Unterstützung Frankreichs in der oberstehenden Frage rechnen könne, wenn es seine Politik gegenüber Rußland völlig der französischen Politik anpaßt, die den Augenblick für die Entfaltung größter Aktivität kommen sehe. Die Tatsache, daß diese Note abgelehnt worden ist, steht vollkommener Klarheit über die bürgerlichen Berliner Presse sind die bezüglichen Mitteilungen aus Wien eingegangen. Eine entsprechende Note haben die französischen Expreser an Rumänien gerichtet.

Die polnische Herrenklasse, die von Paris hoffnungslos abhängig ist, hat nach einigem Sträuben den Befehl ihrer Vorposten befolgt. Am 14. September hat bereits der polnische Gesandte in Moskau dem Volkskommissar Tschischerin eine Note überreicht, die feststellt, daß die Sowjetregierung die Bedingungen des Rigaer Vertrages in keiner Weise erfüllt habe. Polen stellt eine Reihe von Forderungen auf, die spätestens bis zum 1. Oktober angenommen sein sollen, und die Note fügt hinzu, die Verantwortung für einen eventuellen Abbruch der diplomatischen Beziehungen würde allein die russische Regierung tragen.

Ebenso häufen sich die Nachrichten über rumänisch-russische Grenzzwischenfälle. Die Reste der Wrangelarmee werden aus Konstantinobel nach Bessarabien gebracht. Sie sollen mit rumänischer Unterstützung in die Ukraine vorstoßen. Der rumänische Kriegsminister hat sich am 11. September an die bessarabische Grenze begeben. Neben den Pariser Bankreihen sind auch gewisse englische Kapitalistenclique an einer Wiederherstellung der russischen Monarchie direkt interessiert. Das Sprachrohr dieser Kreise ist in London die „Times“. Es ist sehr bezeichnend, wie in diesem Blatt in letzter Zeit ständige Sensationsmeldungen über russische Anarichpläne gegen Polen auftauchen. So wollte man den Boden vorbereiten, um dann einen kommenden russisch-polnischen Krieg als polnische Notwehr hinstellen zu können! Das famose Hilfskomitee des Herrn Roulsen und die Stellungnahme der englisch-französischen Kapitalistenpresse zur Hungersnot in Sowjetrußland gehören ebenfalls hierher.

Die offizielle Politik Frankreichs und Japans, ebenso wie einflussreiche Hintermänner der englischen Regierung, sind an dem neuen Komplotz gegen Sowjetrußland beteiligt. Selbstverständlich schlafen auch die russischen Weißgardisten nicht. Sie suchen vielmehr die günstige Konjunktur nach Kräften auszunutzen. Der Held der russischen Gegenrevolution ist zurzeit der Bandenführer Semenov in Ostasien. Am 12. August hat — wie der „Daily Herald“ mitzuteilen vermag — in Sofia eine Konferenz russischer Monarchisten stattgefunden, die beschloffen hat, die russischen Monarchisten aufzubieten, damit sie an einem Feldzug gegen Sowjetrußland von Rumänien aus teilnehmen können. Der japanische Gesandte in Konstantinobel, Herr Kubaki, spielt den Vermittler zwischen Semenov und seinen westeuropäischen Freunden. In Berlin arbeitet der bekannte Oberst Kreibera, dessen Name im Zusammenhang mit dem mysteriösen Dokumenten Diebstahl viel genannt wurde, für Semenov. Und im gleichen Sinne wirkt Herr Marlow, der Leiter des russischen Monarchistenkongresses von Reichenshall.

Für das internationale Proletariat erwächst aus diesen Tatsachen eine Aufgabe von entscheidender Wichtigkeit. Schon als der Umfang der russischen Hungersnot in Westeuropa bekannt wurde, konnte man selbst in den U.S.A. und S.W.-Zeitungen Neuierungen finden, die eine tatsächliche Sorge um Sowjetrußland offenbarten. Selbst die engberzigsten rechtssozialistischen Führer empfanden in diesem Augenblick, was die Existenz Sowjetrußlands für die Arbeiterklasse bedeutet.

21021

Das gesamte Proletariat Europas muß in geschlossener Front sich erheben, um den neuen Angriffsplan gegen Rußland zu vereiteln. Das Proletariat Englands wie Frankreichs ist die erste Linie zum Handeln berufen. Aber auch die deutsche Arbeiterklasse muß auf dem Posten sein. Keine Transporte von Truppen und Kriegsmaterial gegen Sowjetrußland dürfen Deutschland passieren! Mit verdoppeltem Eifer muß die Arbeiterschaft die Hilfsaktion für Sowjetrußland unterstützen, um die lähmende Notlage der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik möglichst schnell zu beheben.

Wenn das Proletariat aller Länder für Sowjetrußland kämpft und Sowjetrußland hilft, so kämpft es für sich selbst und hilft es sich selbst!

Der Ueberfall auf die Sowjetukraine.

Lemberg, 17. September.

„Gazeta Poranna“ berichtet aus Woloczyska: „Seit 11. September hat der Kampf der aufständischen Organisationen Petljuras gegen die Bolschewiken bei Kamjence-Podolski begonnen. Petljura, der Tarnow verlassen hat, hält sich mit seinem Stab in Jassy auf.“

Dazu bemerkt das Blatt, daß diese Nachricht seines Korrespondenten offiziell noch nicht bestätigt ist und daher mit Vorsicht aufzunehmen ist; jedenfalls zeigt sie aber die Absichten klar und deutlich. Die „Kurjer Wlowski“ meldet, sammeln sich in Alferman (Wessarabien) ehemalige Wrangelsoldaten, die an den Kämpfen gegen die Sowjetukraine teilnehmen sollen. Die „Gazeta Wiczojna“ berichtet, soll es zu einer Einigung der Anhänger Petruschewitsch, der die ostgalizisch-ukrainische Bourgeoisie repräsentiert, und Petljuras, des Repräsentanten der großukrainischen gegenrevolutionären Kleinbourgeoisie, auf der Plattform des gemeinsamen Kampfes gegen die Sowjetukraine in aller nächster Zeit kommen. Auch Machno ist zur Verstärkung dieser Sippchaft eingetroffen.

Polen gibt der Hezke nach.

(C.E.) Warschau, 16. September 1921.

Der polnische Gesandte in Moskau, Filibowicz, hat am 14. September 6 Uhr abends dem Volkskommissar Tschitscherin eine

Drohnote überreicht,

in der die polnische Regierung „feststellt“, daß die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen bisher in keiner Weise erfüllt habe. Sie begründet dies und stellt ihrerseits folgende Forderungen: 1. Entlassung aller Gefangenen und Geiseln und Erfüllung der Bestimmungen über die Reparationen; 2. Leistung der ersten Rate der im Vertrag vorgesehenen Zahlungen; 3. sofortiger Zutritt der Revisionskommission und Einstellung der Verschleuderung polnischen Eigentums. Weiter erklärt die polnische Regierung, um zum Abschluß des Handelsvertrages zu gelangen, ihre Bereitwilligkeit, in eine allseitige Besprechung der Frage des Transits, einer Konvention über die Post- und Telegraphenverträge, sowie aller anderen im Rigauer Vertrag vorgesehenen Fragen einzutreten. Die polnische Regierung „bittet“ um Erfüllung der oben genannten Forderungen spätestens bis zum 1. Oktober. Die Verantwortung für einen eventuellen Abbruch der diplomatischen Beziehungen würde allein die russische Regierung tragen.

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Auch der Internationale Gewerkschaftsbund (I.G.B.) dem, verdrängter einen Aufruf zur Hilfe für die Sowjetrepublik, dem wir folgendes entnehmen:

„Die Gefahr besteht, daß die Hilfe für das hungernde russische und georgische Volk in den von der Räteregierung beherrschten Gebieten von den Feinden der russischen Revolution in Rußland selbst wie in Deutschland zu Märschen benutzt wird, um die Sowjetregierung zu kürzen.“

Der Sturz der Sowjetregierung wäre nur das Signal zum Entscheidungskampf der Gegenrevolution.

Diese Reaktion, die in Deutschland, zumal in Bayern, sich täglich dreifach gebärdet und in Spanien, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien die Arbeiterschaft blutig verewaltigt,

würde rasend triumphieren,

wenn es den offenen und heimlichen Feinden der russischen Revolution gelänge, die russische Regierung zu kürzen und eine konterrevolutionäre Regierung unter dem Schutz des westeuropäischen Kapitals und der mit ihm verbundenen bürgerlichen Regierungen an ihre Stelle zu setzen.

Die Gewerkschaften dürfen nicht dulden, daß diese Märsche Erfolg haben.

Zu Hunderttausenden haben die Kinder in Rußland Millionen erwartet das gleiche Schicksal, wenn nicht rasch, ohne verzögerte Absichten geschaltet wird. Der nach Rußland entsandte Vertreter des Roten Kreuzes, Hansen, bestätigt die Nachrichten von den furchtbaren Zuständen in den Hungergebieten.

Soll diese unbeschreibliche Not zu gegenrevolutionären Intrigen mißbraucht werden?

An alle mitführenden Menschen in Europa werden sich die Führer des russischen Volkes. Aber niemanden geht die Not in Rußland mehr an, niemand wird bereitwilliger gehen als die Arbeiter, ohne Unterschied der politischen Richtung. Die Einheit des Proletariats erweist sich als lebendige Kraft, sobald eine Katastrophe wie die Hungernot, die proletarische Solidarität wachruft, sobald Millionen wie die Kinder in Deutschland die Gefahr der Reaktion und den Absinken des Sozialismus groß bedauern.

Die Hilfsaktion für Rußland muß zu einer massiven Rundgebung des ganzen Proletariats werden — eine Bewegung zu keiner Seite.

Mit selbstloser Opferkraft als je müssen die Arbeiter die Einsetzung der Gewerkschaften unterstützen, mit denen der Internationale Gewerkschaftsbund den stärksten Gesandten in Rußland und Sowjetrußland bringen wird.

Denkmal! Denkt! Eure proletarische Tat!

Denkt! Die Reaktion! Glaubt dem russischen Volk!

Wir begrüßen diesen Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes und erklären: Wenn der Internationale Gewerkschaftsbund auch im Sinne des Aufrufes handelt,

sind wir bereit, seine Politik gegen die Reaktion mit allen Kräften zu unterstützen. Wenn der Internationale Gewerkschaftsbund diese seine Worte in die Tat umsetzt, so sind wir der Au-

sicht, daß damit der erste Schritt getan ist, um die gesamte Arbeiterklasse des ganzen Erdballs in einheitlicher Front gegen den Kapitalismus zu führen.

Die bayerische Gegenrevolution will den Hochverrat legalisieren!

Aus München wird gemeldet:

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat im Landtag zwei Anträge eingebracht, die auf die Aufstellung eines bayerischen Staatspräsidenten und auf die Abänderung des Artikels 48 Abs. 5 der Reichsverfassung hinstellen. Die Anträge lauten:

1. Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird ersucht, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Staatspräsidenten an der Spitze der Staatsregierung vorsieht, dem insbesondere das Recht zusteht, im Rahmen der Bestimmungen der Reichsverfassung und des § 50 der bayerischen Verfassung Bayern nach außen hin zu vertreten, gemeinsam mit dem Präsidenten des Landtages die Staatsverträge und Landesgesetze auszufertigen und zu verkünden, dem Landtag die Vorschlagsliste der Minister zu unterbreiten und sie im Einvernehmen mit dem Landtag zu berufen, die Beamten im Sinne des § 60 der bayerischen Verfassung zu ernennen und Straftatbestände im Sinne des § 51 der bayerischen Verfassung zu lassen.

2. Der Landtag wolle beschließen, die bayerische Staatsregierung wolle durch ihren Vertreter im Reichsrat eine Gesetzesvorlage beantragen, nach der gemäß Artikel 48 Abs. 5 der Reichsverfassung die dem Reichspräsidenten gemäß Art. 48 Abs. 2 verliehenen Machbefugnisse dahin beschränkt werde, daß sie in keine Hoheitsrechte eines Landes eingreifen dürfen und insbesondere der Vollzug eines vom Reichspräsidenten jeweils verhängten Ausnahmezustandes Sache der Landesregierung bleibt und lediglich im Falle der Weigerung einer Landesregierung ihm das Recht zusteht, die Entscheidung des Reichsrates herbeizuführen.

Die bayerische Gegenrevolution erklärt sich für souverän. Die Rahr und Bochner wollen keinen Eingriff in ihre Rechte, in ihr Recht auf Hochverrat und Mordmord dulden. Die bayerische Gegenrevolution macht sich selbständig, sie scheut nicht davor zurück, das Reich zu zerschlagen. Der gegenrevolutionäre Hochverrat gegen die Republik soll legalisiert werden.

Das ist die Antwort Rahraberns auf die Enthüllungen Births. Das ist der Sinn des Antrages der Bayerischen Volkspartei.

Was will die Regierung Birth auf diese Matschende Ohrfeige antworten?

Was tut die SPD, was tut die USPD, um ihre für den Fall eines Widerstandes der Rahrleute beschlossenen Maßnahmen durchzuführen?

Die Arbeiter können diese neue Kampfanzage Rahraberns und somit der Gegenrevolution im ganzen Reich nicht ruhig hinnehmen. Sie müssen und sie werden auf jeden Fall alle Kräfte zum Kampf mobilisieren.

Der Aufmarsch der Konterrevolution in Schlesien.

Der Selbstschutz wirbt.

Die schlesischen Selbstschutz-Organisationen kümmern sich überhaupt nicht um die von der Regierung erlassenen Verbote. Sie haben in letzter Zeit ihre Formationen immer mehr vergrößert. Das Freikorps Oberland, das Schlesien unsicher macht, erhält täglich frischen Zutrag. Ebenso das gleichfalls in Schlesien liegende Freikorps Hindenburg, das in Berlin Verbundenheiten vornimmt. Zwar hat man pro forma einige dieser Verbände verhaftet, sie aber sofort wieder auf freiem Fuß gelassen.

Leutnant Hoffmann weist, nach seiner Befreiung der „Freiheit“, gegenwärtig wieder in Danzig, wo er im Hause Otto-Grichstraße 10 Aufwendungen für seine sogenannte „Arbeitsgemeinschaft“ vornimmt.

Trotzdem festgestellt ist, daß die in Schlesien liegenden Selbstschutzformationen in Verbindung mit den bayerischen Rührerzentralen stehen, und selbst Anteil an schweren Verbrechen haben, unternimmt die Regierung nichts gegen die in aller Öffentlichkeit betriebenen Rührungen der Konterrevolution.

Selbstschutzorganisationen.

Die „Schlesische Volkzeitung“ bringt in ihrer Nummer vom Donnerstag, den 15. d. Mts., eine Meldung über die Aufhebung der Geheimverbindung zwischen der Rührerzentrale in Danzig, der Erzberger zum Opfer gefallen ist, und der auf Schloss Wielau bei Reiche befindlichen Zentrale der Reaktion. Sie stellt darin fest, daß die Arbeitsgemeinschaft Hoffmann und die anderen Freikorps, die sich in Schlesien aufhalten, sich ohne „höheres Ziel“ verhalten haben. Die Zweigstelle Breslau der über das ganze Reich verbreiteten Rührerorganisation, geleitet von einem Oberleutnant, soll auch mit dem Nord des Kaiser Reder im Kreise Ratibor in enger Verbindung stehen. Sie beschließt sich der Öffentlichkeit gegenüber mit „Erklärung von Heres“.

In Jüngerhals ist eine ganze Bande ehemaliger Selbstschutzleute verhaftet worden, die sich in der Hauptfrage mit Pferdebekleidungen befahle. Auch Lakunen und Personalausgaben wurden gefunden und verkauft. Ein Leutnant, namens Gruet, der Sohn eines Generals, ist auf jüdischer Tat verhaftet worden. Er war gerade dabei, einem pilgernden Bauern das Pferd anzuspinnen, um es zu verkaufen.

Waffenversteckungen in Schlesien.

Auch die Anwesenheit von Arbeitern im Kreise Oels sind zwei Waffenverstecke auf der Gasse Hindenburg-Oels kurz vor Oels angefallen worden. Beschlagnahmen wurden jedes Lapantons mit Waffen und Munition und ein Personalausgaben mit dem Stabe dieser Kommando. Sämtliche an der Schließung beteiligten Personen, darunter zwei weibliche, sind verhaftet worden.

Es ist aber weit der Anwesenheit der „Deutschen Zeitung“ zu melden, daß es sich bei dem beschlaggenommenen Munitionstransport gar nicht um eine Waffenverstecke gehandelt hat, sondern lediglich um die Beschlagnahme von Waffen- und Munitionsvorräten aufgeführt Selbstschutzorganisationen. Die verhafteten Freikorpsleute sollen ihnen wieder entlassen sein und auch die wegen hochverräterischer Missetaten in Haft gehaltenen Angehörigen des Freikorps Oberland sind zum größten Teil wieder aus der Haft entlassen worden, bis auf den Hauptmann Ridel, der sich jüdischer Anwesenheit halber gemäß Art. 48 Abs. 5 der Reichsverfassung in Haft gehalten worden ist. Der Polizeikommissar Hermann Kunge aus Berlin und Herrberg, nachdem man ihn nur einmal dem Untersuchungsrichter vorgeführt hatte.

Gradnauers Sorgen.

Der Reichsminister Gradnauer hat sich einem Vertreter des „Matin“ gegenüber über die Art, wie er die Republik zu schützen gedenkt, geäußert. Dabei erklärt er folgendes:

Es hat sich aber gezeigt, daß die Arbeiterklasse immer einig ist, wenn es sich darum handelt, die Verfassung zu verteidigen. Sollten neue Attentate gegen Republikaner oder Sozialisten verübt werden, wäre es nicht mehr möglich, den Unwillen der Arbeiterschaft einzudämmen. Glücklicherweise wünscht niemand den Vögen allzusehr anzuspannen. Die Vertreter der äußersten Rechten und der äußersten Linken versprechen mir, ihre Presse zur Mäßigung einzuladen. Mit Bayern dürfte man bald zu einem Einvernehmen gelangen. Der Belagerungsstand wird aufgehoben werden. Die Reichsregierung kann es nicht länger dulden, daß ein Ausnahmezustand besteht, unter dem die Republikaner verfolgt werden und die monarchistischen Verschwörer alle Freiheit genießen.

Der einzige Wunsch des Herrn Gradnauer ist es also, mit Rahr-Bayern zu einem Einvernehmen zu gelangen. Seine einzige Sorge ist es, daß es nicht möglich sein wird, den Unwillen der Arbeiterschaft einzudämmen. Der sozialdemokratische Herr Gradnauer möchte geru die Kampfkraft der Arbeiterschaft, der einzigen Macht, die die gegenrevolutionäre Gefahr beseitigen kann, lähmen.

Gedenkt Herr Gradnauer wirklich, den Ausnahmezustand in Bayern aufzuheben, so kann es keine Vereinbarungen mit den Rahrbanditen geben. Dann mag die Reichsregierung sofort den Ausnahmezustand aufheben. Der Unwille der Arbeiterschaft wird schon dafür sorgen, daß diese Maßnahme nicht an dem Widerstand der Rahrleute scheitert.

So aber sind die Erklärungen Gradnauers gegenrechtlich nur leere Worte. Und wir sehen ja, wie Herr Gradnauer täglich ein kommunistisches Blatt verbietet.

Was sagen die SPD-Arbeiter zu dieser Art von sozialdemokratischem Minister?!

Hindenburg zum Regimentsappell in Oldenburg.

Die reaktionären Militärvereine halten ruhig weiter ihre Kontrollversammlungen ab. Am 16. September hatten sie sich zum sogenannten Regimentsappell des 91. Infanterieregiments in Oldenburg versammelt. Hindenburg war erschienen, um sich anzuheben und von den städtischen Kollegen feierlich empfangen zu lassen. Selbst die Schulkinder mußten ihm in vaterländische Lieder vorsingen. Ganz wie zur Zeit des Kaiserreichs. Am Abend brachte ihm der Bund „Stahlhelm“ einen Fackelzug. Die Reichswehr beteiligte sich trotz aller Regierungsverbodungen offiziell an dieser reaktionären Veranstaltung. Sie hatte eine Militärkapelle zur Verfügung gestellt.

Die Arbeiter sollen eine Milliarde für ihre Büffel zahlen!

Die preussische Regierung beabsichtigt, eine neue Grundsteuer einzuführen. Was es mit dieser Steuer für eine Bewandnis hat, wer diese Steuer eigentlich tragen soll, geht ganz klar aus folgenden Auslassungen des amtlichen preussischen Pressedienstes hervor:

„Der preussische Staatshaushalt, der schon im Jahre 1920 mit einem gewaltigen Fehlbetrag abschloß, weist in dem Voranschlag für 1921 einen solchen von 2360 Millionen Mark auf. In dieser Finanznot bleibt dem preussischen Staat, wenn er nicht auf die Erfüllung wichtiger sozialer und kultureller Aufgaben verzichten will, nur übrig, Einnahmen aus der Grund- und Gebäudesteuer auch für sich in Anspruch zu nehmen. Der Entwurf sieht ausgedehnt von dem 10-prozentigen Satz der Kapitalertragsteuer eine Belastung mit 10 vom Hundert des Ertrages der Grundstücke vor. Die Steuer soll deshalb (unter Annahme einer 4-prozentigen Verzinsung des Objektes) 4 vom Tausend des Wertes betragen. Die Berechnungen haben ergeben, daß bei dem städtischen Hausbesitz die Friedensmieten durch die neuen Steuern mit etwa 10 vom Hundert belastet werden, während für den landwirtschaftlichen Besitz die Belastung durchschnittlich auf den Morgen 440 Mk., bei dem am wenigsten ergiebigen Böden 280 Mk., bei den ertragreichsten 960 Mk. ausmachen.“

Es muß damit gerechnet werden, daß der Eigentümer des Grundvermögens nicht immer in der Lage sein wird, die Steuer selbst zu tragen und sie auf die Schultern anderer abwälzen muß. Dabei ist in erster Linie an den städtischen Mietshausbesitz zu denken, welcher wegen der f. R. nach bestehendem Bestrahlung der Mietszinshöhe an einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Ausnutzung seines Grundbesitzes gehindert ist.

Auch der land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz wird namentlich da, wo er noch verschuldet ist, nicht die Steuerlast zu seinen sonstigen Verbindlichkeiten unbedingt übernehmen können. Eine Abwälzung der Steuer auf die Mieter und auf die Konsumenten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird sich nicht vollständig umgehen lassen. Für laufende Pacht- und Mietverträge schafft der Gesetzentwurf ausdrücklich die Möglichkeit einer Abwälzung, wie sie übrigens für die Vermietung von Gewäuden oder Gebäudeteilen auch der Entwurf eines Reichsabaufgesetzes über Regelung der Mietszinshöhe (Reichsmietengesetz) vorsieht.

Der Ertrag der Steuer ist auf 948 Millionen Mark veranschlagt. An diesem Antragsplan ist die Land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke mit rund 43 Millionen Mark, die übrigen, d. h. Mietshäuser, Eigenwohnhäuser, gewerbliche Grundstücke, Bauplätze usw., mit etwa 492 Millionen Mark beteiligt sein.

Die preussische Regierung gibt also selbst zu, daß die großen Massen der arbeitenden Bevölkerung es sein werden, die die neue Steuer bezahlen werden.

Diese Steuer bedeutet für die Arbeiterschaft ein neues Heranziehen der Mieten, eine neue Verarmung des Brotes und aller anderen Lebensmittel. Auf dem Lande belastet diese Steuer einseitig die Kleinbauern.

948 Millionen, fast eine Milliarde, soll die arbeitende Bevölkerung bezahlen, damit die preussische Regierung des Herrn Siegenwald ihre „sozialen und kulturellen“ Aufgaben erfüllen kann, d. h., damit sie die Spitze des Herrn Weismann, die Polizeistärke und die monarchistischen Beamten des Herrn Dominicus, die Pfaffen und ähnliches Geschlecht haushalten kann.

Die Arbeiterschaft darf sich diesen neuen Ausplünderungsversuch auf keinen Fall gefallen lassen.

Kommunistenverhaftungen im besetzten Gebiet.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Geste sowie der Vorsitzende der SPD, Mittelschein wurden gestern Abend in Eiter von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet. Geste wurde kurz nach seiner Verhaftung wieder freigelassen, während der andere Genosse in Haft blieb.

Der Verbandstag der Metallarbeiter in Jena.

3. Verhandlungstag. Vormittagsführung. Vorstandsbericht.

Das Referat Dikmann (Fortsetzung).

Dikmann geht dann auf die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften des Ruhrgebietes ein und verweist zu diesem Zweck eine Reihe von Stellen aus den auf dem kommunistischen Parteitag angenommenen Thesen und Richtlinien für die Gewerkschaftsarbeit. Der Verband wäre verloren, wenn er nicht mit allen Kräften gegen diese Ministerarbeit ankämpfen würde. Die kommunistischen Parteifunktionäre reifen von einer Gewerkschaftsversammlung zur anderen und suchen unsere Mitglieder auf. Es kommt zu erregten Zwischenrufen. Dikmann wird aufgefordert, hier nicht eine Antikommunistenrede zu halten, sondern über die große taktische Linie, die der Verband in den kommenden Kämpfen einzuschlagen hat, zu sprechen.

Dikmann fährt fort: Wenn wir auch mit der in Rußland herrschenden Partei in diesem nicht einverstanden sind, so müssen wir doch anerkennen, daß die soziale Revolution in Rußland eine gewaltige Tat darstellt, die für die Arbeiterschaft der ganzen Welt erneuert wirkt. Wie ich schon in der Eröffnungsrede sagte, müssen wir dem russischen Proletariat in seiner jetzigen Not helfen. Aber wir dürfen den Blick nicht nur nach Osten, sondern müssen ihn auch nach Westen richten. Wenn die Kommunisten behaupten, die Antierbamer Gewerkschaftsinternationale sei falsch, so wird es ihnen schwer fallen, den Beweis zu erbringen. Ich sage: Antierbama ist nach jeder Richtung fortschrittlich und befindet sich in aufsteigender Linie. Die deutschen und die russischen Kommunisten leisten mit ihren Anstrengungen gegen Antierbama bei Sowjetrepublik den schlechtesten Dienst.

Zu dem Arbeitsamt in Genf möchte ich bemerken, daß es längst nicht meinem Wunsch entspricht, aber es ist eine entwicklungsfähige sozialpolitische Einrichtung, die wir unterstützen müssen.

Unser Einfluß im A.D.G.B. ist nicht so groß, wie viele Kollegen annehmen. Wir haben dort nicht mehr Stimmrecht als die kleinste der ihm angeschlossenen Organisationen. Ich halte das nicht für richtig, kann aber nichts daran ändern. Wenn wir gegen Beschlüsse, die dort gegen unseren Willen gefaßt wurden, nicht in der Öffentlichkeit Sturm laufen, so deshalb, weil alle Verhandlungen im Ausschuß des A.D.G.B. vertraulich geführt werden.

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft haben wir im Vorstand uns streng an die Beschlüsse des letzten Verbandstages gehalten.

Im Eisenwirtschaftsbund, der niemals mit einer Arbeitsgemeinschaft vertragen werden kann, haben wir uns mit großem Erfolg betätigt. Uns ist die Herabsetzung der Eisenpreise zu ver danken. (Großer Widerspruch.)

Leuerung und Lohnkämpfe.

Die jetzige Leuerungswelle wird nach meiner Ansicht noch nicht abgeschlossen sein und schon wird sich eine neue bemerkbar machen. Angesichts dieser Situation sind die Lohnkämpfe nicht auf die Tagespolitik einzustellen, sondern

man muß mit großen Macht kämpfen rechnen.

Bei der Zersplittertheit der Arbeiterklasse ist es aber unmöglich, derartig große Kämpfe erfolgreich zu führen. Weil wir aber nicht abwarten können, bis sich die verschiedenen politischen Richtungen in der Arbeiterschaft zusammengeschlossen haben, deshalb müssen wir uns in den wirtschaftlichen Organisationen alle zusammen auf das konkrete und nächstliegende Ziel konzentrieren.

Als eine Empfehlung für seine Wiederwahl in den Vorstand mußte man es auffassen, als Dikmann ganz scharf betonte, daß er sich in gewerkschaftlichen Fragen von seiner Partei nicht beeinflussen lasse. Er hätte das bei der Frage der Betriebsräteorganisation praktisch bewiesen.

Zum Schluß hat er zu entschuldigen, wenn er nicht auf alle Gebiete eingegangen sei. Er fürchte sich nicht vor einer scharfen Kritik, aber sie müsse sachlich und objektiv sein.

Die Rede Dikmanns dauerte annähernd vier Stunden. Es wurde daher sofort in die Mittagspause eingetreten.

3. Verhandlungstag. Nachmittagsführung.

Bericht des Ausschusses.

Vang-Franfurt a. M., Vorsitzender des Ausschusses, erhebt den Bericht dieser Körperschaft. Er hebt hervor, daß die Anzahl der Beschwerden und Anträge, mit denen sich der Ausschuß zu beschäftigen hatte, in den letzten beiden Jahren eine weit höhere war, als in früheren Perioden. In längeren Ausführungen geht der Berichterstatter auf die vielen Differenzen, die der Ausschuß mit dem Vorstand hatte, ein. Er wies gegen den Ton, in dem Dikmann von den Arbeitern und Beschäftigten des Ausschusses sprach, scharfste Verwahrung ein. Der Ausschuß sei nicht nur ein Beschwerdeorgan, sondern auch ein Organ zur Kontrolle für den Vorstand. Er unterbreite nicht der Kritik des Vorstandes, sondern der des Verbandstages.

Wenn die Stellungnahme des Ausschusses betreffs der Ausschlußanträge gegen die Kommunisten das Mißfallen Dikmanns erregt hätte, so ändere das nichts an der Tatsache, daß sich der Ausschuß streng nach den Bestimmungen des Statuts gerichtet habe. Der Ausschuß habe in absolut objektiver Weise zu den Dingen Stellung genommen und sich einmütig von der Auffassung leiten lassen, daß man die Arbeiterbewegung angesichts der nun einmal vorhandenen verschiedenen politischen Strömungen nicht in einen starren Rahmen pressen könne. Es liege auch auf dem Wege zur Einigung des Proletariats, wenn man den Kommunisten in verständlicher Form entgegenkomme. Im übrigen verwies der Redner auf den gedruckt vorliegenden Bericht des Ausschusses.

Diskussion.

Haas (SPD.): Auf Wiedersehen in Jena. Mit diesen Worten trennten wir uns in Stuttgart. Die Erwählung hat unserer Auffassung recht gegeben. Der Verband ist in den zwei Jahren zurückgelehrt von dem Wort zur Tat, von der Diktatur zur Demokratie. Der Redner stellt durch eine Reihe Zitate aus dem Protokoll des letzten Verbandstages, den Dikmann von Stuttgart dem Dikmann von heute gegenüber. Während dieser in Stuttgart mit dem Wort Revolution und revolutionär dauernd um sich geworfen habe, hätte er in seiner vier Stunden langen Rede heute früh das Wort kaum dreimal gebraucht.

Alle Redefunkte Dikmanns können uns nicht davon überzeugen, daß der Unterschied zwischen dem Eisenwirtschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft ein allzu großer ist. Was meine Freunde schon in der erweiterten Verhandlung zum Ausdruck gebracht haben, will ich auch hier feststellen, nämlich unter dem Zwang der Verhältnisse konnte die Tätigkeit auch der unabhängigen Gewerkschaftsfunktionäre keine wesentlich andere sein, als die von Dikmann so viel verächtliche Tätigkeit meiner politischen Freunde. Dikmann, der ein aller langjähriger Gewerkschaftsführer ist, hat das auch in Stuttgart schon wissen müssen. Umso schärfer muß es verurteilt werden, daß er in Stuttgart den realen gewerkschaftlichen Boden verlassen hat und sich von parteipolitischen Motiven leiten ließ. Mit dem Gewerkschaftler Dikmann bin ich früher schon oft zusammengelungen und könnte es auch heute sehr oft tun, wenn

nicht Fraktionen gebildet worden wären. Ich streue mich über die heutige Rede Dikmanns und sehe darin, daß sich die Kollegen von der U.S.P. zurückgefunden haben zu einer gesunden Auffassung. Doch ich und meine Freunde sind nicht von dem Einigkeitssinn befallen. Wir hoffen, daß wir uns in nicht allzu ferne Zeit mit der U.S.P. vereinigen können, aber alles zu seiner Zeit.

In diesem, was Dikmann über die Kommunisten gesagt hat, muß ich ihm beistimmen. In den kommunistischen Zeitungen wird eine niederträchtige persönliche Kampfmethode gegen die Gewerkschaftsführer gelbt.

Jum Schluß verliest der Redner Stellen aus einer längeren Entschliessung, die seine Fraktion dem Verbandstag zur Beschlußfassung vorlegt. Die Entschliessung gibt sich in folgenden Sätzen: „Der Verbandstag erklärt für unerlässlich:

1. Den organisatorischen Zusammenschluß aller Hand- und Kopsarbeiter.
2. Die Ausnützung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter.
3. Die Sicherung eines Einkommens, das die Wirkungen des Krieges und der Leuerung aufhebt und ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet.
4. Schaffung produktiver Arbeitsgelegenheit oder ausreichende Unterstützung der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsbildung und des Weltkrieges.
5. Ein wohlgebautes System von Betriebs- und Wirtschaftsräten.
6. Schulung der Arbeiter, um sie zur Erfüllung ihrer gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu bewegen.
7. Beseitigung der Klassenjustiz und Ausbau der sozialen Gesetzgebung.

Haas (U.S.P.): Ich will dem Kollegen Dikmann in seiner Antwort an den Kollegen Haas nicht vorgehen, muß aber betonen, daß ich dessen Angriffe auf den Vorstand für ungerechtfertigt halte. Die letzten beiden Jahre, in denen der Vorstand den Verband leitete, waren erfüllt von ungeheuren Kämpfen politischer und wirtschaftlicher Natur. Der Verband erhielt einen ungeheuren Auftrieb an neuen Mitgliedern. Unter diesen Umständen ist es nur zu erklärlich, daß der Vorstand nicht alle an ihn gestellten Anforderungen reiflos erfüllen konnte. Wenn er das Verbandsmitglied trotz aller Stürme so sicher gelenkt hat, so zeigen sich darin seine hohen Führerfähigkeiten. Ich erinnere nur an die viel umstrittene Betriebsrätefrage. Wir können uns glücklich schätzen, daß der Vorstand mit festerem Blick die Gefahren erkannt hat und durch seine konsequente Haltung die Organisation der Betriebsräte im gewerkschaftlichen Rahmen durchgeführt hat.

Der Bericht des Vorsitzenden vom Ausschuß hat mich in manchen Punkten eigentümlich berührt. Ich kann nicht verstehen, wie der Ausschuß seine Stellungnahme zu den Ausschlußanträgen gegen die Kommunisten mit dem Statut begründen will. Nach meiner Auffassung bietet gerade das Statut Handhabe genug, um die Ausschüsse zu vollziehen. Ich bin mit dem Vorstand darin einig, daß das Treiben der Kommunisten verbandsschädigend ist und daß die Teilnehmer an der kommunistischen Reichskonferenz ausgeschlossen werden müssen. Wer sich den Bestimmungen unseres Statuts nicht freiwillig unterordnet, der mag in andere Organisationen gehen. So ähnlich äußerte sich einst Wilhelm II. über die Schwarzzeiler. Der Berichterstatter:

Wenn der Verbandstag objektiv und gerecht urteilt, dann muß er dem Vorstand einmütig sein Vertrauen aussprechen. Das kann er am besten dadurch zum Ausdruck bringen, wenn er den bisherigen Vorstand einstimmig wiedewählt.

Rede des Genossen Walther.

Kollegen, Robert Dikmann hat als Berichterstatter eine schwierige Aufgabe. Er sollte die Praxis der letzten zwei Jahre mit seinen Reden auf dem Stuttgarter Verbandstag und den dort gefassten Beschlüssen in Einklang bringen. Das war natürlich unmöglich, wo der unüberbrückbare Gegensatz allzu groß war, wo sich die Unzulänglichkeit der Gewerkschaftstaktik allzu scharf zeigte, beizüglic die Kommunisten als Sündenbock. Ich werde ihn nicht in die Einzelheiten folgen, ich werde der Auffassung des Vorstandes die Auffassung der Kommunisten entgegenstellen.

Der Redner verwies auf die politische und wirtschaftliche Lage, auf das Treiben der Reaktion, auf die Tatsache, daß seit dem Versäufel der Welt in der imperialistischen Welt der Donner der Geschütze nicht einen Augenblick verstummte, daß das Welt- rüstun munter weiter geht und daß sich trotz aller Phrasen des sogenannten Völkerverbundes bereits die Konturen neuer Krisen abzeichnen.

In kurzen Strichen skizzierte er die wirtschaftliche Lage des In- und Auslandes. Er verwies darauf, daß es letzten Endes der kapitalistische Charakter der Produktion ist, der es verhindert, daß Erzeugung und Verbrauch miteinander in Einklang gebracht werden. Der Krieg, der ein Versuch war, aus diesem Widerspruch einen Ausweg zu schaffen, hat das Dilemma noch verschärft. Er verwies auf die durch die Zerrüttung des Kapitalismus und die Auswirkungen des Krieges für das Proletariat geschaffene Lage. Die Tatsache, daß die kapitalistische Gesellschaft ihre Lohnsklaven nicht mehr ausreichend ernähren, behausen und kleiden kann, hat die Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes grundlegend geändert. Auch die Gewerkschaften müssen sich bemühen auf den Kampf gegen den Kapitalismus einzulassen. Auf Sitte aus dem Protokoll des Stuttgarter Verbandstages gestützt, bewies er, daß der ehemalige Vorstand Schilde-Reichel der Auffassung war, daß es für das Proletariat zunächst keine andere Möglichkeit gäbe, als an der Wiederbelebung des kapitalistischen Wirtschaftssystems mitzuwirken. Robert Dikmann hat damals Reichlich erwidert: „Wenn wir nach eurem Vorschlag erst an die Sozialreform gehen, wenn alles in geordnetem Betrieb ist, wenn der erschütterte Kapitalismus wieder fest im Sattel ist, dann fürchten wir nicht nur, sondern wir haben die Gewißheit, daß der Kapitalismus dann nicht im Traume daran denkt, uns auch nur einen Fußbreit Boden abzutreten.“

Ob der vor zwei Jahren neu gewählte Vorstand in die Absicht hatte, entsprechend dieser Auffassung die Geschäfte des Verbandes zu führen, will ich bahingestellt lassen. Gewiß ist, daß er nicht den Mut hatte. Im großen und ganzen hätte auch Schilde den Verbandsführer nicht anders gesteuert. So hat es der Fraktionsredner der SPD. sehr leicht gehabt, Dikmann den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis nachzuweisen. Bei den Lohnbewegungen haben wir eine durchwegs abwärtsgerichtete Einstellung. Der Redner begründet das im einzelnen unter Bezugnahme auf die Werksarbeiterbewegung und auf die Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter. Obgleich der Vorstand und speziell Dikmann die Unzulänglichkeit der gewerkschaftlichen Taktik anerkannt habe, habe er nichts unternommen, um eine Aenderung herbeizuführen.

Der rabulose Vorstand des A.D.G.B. habe auf den Offenen Brief der SPD. ebensowenig eine Antwort erteilt, wie die nichtrabulalen Verbände der übrigen Gewerkschaften. Genosse Walther fragte, warum wird der Wille von Millionen von der Gewerkschaftsbürokratie ignoriert? Aus Furcht vor den revolutionären Konsequenzen, die jede proletarische Massenaktion in sich birgt. Wenn die Gewerkschaftsführer aber Revolutionen ausweichen in dem Glauben, dem Proletariat all das Schwere zu erlassen, was der revolutionäre Kampf ohne Zweifel von den Arbeitern fordert, so sind sie im Irrtum. Die

Praxis beweist, daß das Ausweichen nur dem Klassengegner nützt.

Die Bourgeoisie treibt keine Klassenpolitik. Das Kapital konzentriert sich und geht rücksichtslos gegen die Arbeiter vor. Die Gewerkschaften aber sagen dem Phantome eines Gemein-samkeitsinteresses nach. Dadurch werden sie an der Wahrung der proletarischen Klasseninteressen gehindert. Das zeigte sich in verhängnisvoller Weise nach dem Rapp-Bußch in der Tatsache, daß die Sondergerichte ihr grausames Handwerk ungehindert von den Gewerkschaften treiben konnten, in der Arbeitslosenfrage usw. Der Redner zeigte, daß nicht die Existenz von drei politischen Parteien, sondern die reformistische Einstellung der maßgebenden Parteien und Gewerkschaften die Ohnmacht des Proletariats verursachen. Hunderttausende verlieren infolge dessen den Glauben an die Gewerkschaften und die große Masse wird beherrscht von dem Gedanken: so kann es nicht weitergehen.

Was ist zu tun?

Wenn der Kapitalismus leben will, muß er das Proletariat völlig verflauen. Diesem Verflauungswillen muß ent-schlossen die Macht der Gewerkschaften entgegengestellt werden. Es gilt, die Lohnbewegungen einheitlich zusammenzufassen. Wir fordern, daß die ganze Summe der vorhandenen und bereits ausgelösten Macht des Proletariats von den Gewerkschaftsleitungen zusammengefaßt wird. Eine solche Taktik wird das Kräftegefühl und die Kampfeslust des Proletariats steigern. Wir verlangen Vertrauen in die gestaltende Kraft des Proletariats. Eine solche Taktik verbürgt, daß das Proletariat in entscheidenden Momenten geschlossen auf den Plan tritt. Die Gewerkschaftsbewegung muß auch freigegeben werden von der Vorstellung, daß das Proletariat nur insoweit und solange kämpfen kann, als die Mittel zur Unterstützung ausreichen. Die Geschichte beweist es: in wirklich revolutionären Perioden kämpft das Proletariat auch ohne Unterstützung.

Wir fordern Erlebung der Arbeitsgemeinschaften durch rücksichtslosen Klassenkampf.

Wir verlangen Industrieorganisationen. Es muß Schluß gemacht werden mit den leidigen Grenzfreitigkeiten. Die Parale für jeden Betrieb nur eine Organisation“ muß in den breiten Massen propagiert werden.

Wir werden jeden Kampf der Massen gegen das Kapital unterstützen. Wir werden andererseits alle Bestrebungen nach wie vor bekämpfen, die darauf abzielen, die organisierte Macht des Proletariats in den Dienst eines sogenannten Gemein-samkeitsinteresses zu legen. Nicht Wiederaufbau des Kapitalismus, sondern Sturz des Kapitalismus, das ist unser letztes Ziel. Der Kampf um den Sozialismus ist schwer. Wiederlagen werden dem Proletariat in der Zukunft in diesem Kampf ebenso wenig erspart bleiben wie in der Vergangenheit. Aber auch die Niederlagen sind Stappen auf dem Wege zum Ziel. Es besteht keine Ursache, zu zweifeln und zu verzagen. Auch die Wiedergeburt Schildes wird den Rehabilitierungsprozeß der Metallarbeiter nicht hindern, eher beschleunigen. Der Weg zum Sieg führt noch über schwere Hindernisse, aber das Proletariat wird sie überwinden, weil es anders zugrunde gehen würde. Die Metallarbeiter müssen in den Kämpfen des deutschen Proletariats die Avantgarde bilden. In ihren Reihen werden wir wirken. In ihrer Spitze werden wir kämpfen, weil wir wissen, daß wir nicht gegen sie, sondern nur mit ihnen die Ziele der deutschen und der Weltrevolution verwirklichen können. (Leb. Beifall.)

4. Verhandlungstag.

Jena, den 15. September 1921.

Gegen Sowjetrußland, Ausgestaltung jedes menschlichen Gefühls und internationaler proletarischer Solidarität aus fleischlichen parteipolitischen Interessen heraus — das war das treibende Bild, das sich gleich zu Beginn der Sitzung den Delegierten und Zuhörern bot. Bekanntlich haben unsere Genossen beantragt, aus der Hauptkassette 1 Mark pro Mitglied an die Russenhilfe abzugeben.

Als erster Punkt der heutigen Sitzung stand nicht, wie geplant, Fortsetzung der Diskussion, sondern ein Teilbericht der Rechnungskommission auf der Tagesordnung. Der Kommissionsvorsitzende teilte unter lebhaften Protesten der Kommunisten mit, daß die Rechnungskommission im Einber-ständnis mit dem Vorstand den kommunistischen Antrag mit 8 gegen 1 Stimme abgelehnt habe. Er erjuchte die Generalversammlung, sich diesen Beschluß zu eigen zu machen. Genosse Walther sagte mit einigen kurzen Bemerkungen diese abfällige Politik fest. Nach kurzer, teilweise sehr stürmischer Diskussion, kam der Antrag zur Abstimmung. Um feststellen zu können, wie jeder Einzelne praktische Solidarität mit den in Not befindlichen russischen Proletariern übt, wurde von unserer Seite namensliche Abstimmung beantragt.

Nach dieser wenig erfreulichen Einleitung wurde in der Debatte über den Geschäftsbericht fortgefahren. Von den Rechtssozialisten sprach Kummer, dessen Ausführungen in sehr verständlichem Tone gegenüber den Unabhängigen gehalten waren. Dettlinghaus-Lübendorf, der als Vertreter der Unabhängigen sprach, bewies durch seine Ausführungen, daß er von den bisherigen unabhängigen Rednern der weitaus Geschickteste ist. Zum Schluß erbrachte der Genosse Wegmann dem mit reichem Tatsachenmaterial belegten Beweis dafür, daß die Restaurierung der kapitalistischen Wirtschaft ein Zugluch ist.

Der Vorsitzende Wölfer eröffnete die Sitzung um 8 1/2 Uhr. Auf Antrag Ulrichs wird die Uebersetzung der in französischer Sprache gehaltenen Rede Merckheims nochmals verlesen, weil bei der ersten Uebersetzung wichtige Stellen ausgelassen wurden.

Es wird zunächst ein Teilbericht der Rechnungskommission gegeben. Der Vorsitzende dieser Kommission teilt mit, daß sich die Mehrheit der Kommission im Einverständnis mit dem Vorstand gegen Antrag 731 (Russenhilfe) ausgesprochen habe. (Beifall.) Die Kommission habe sich bei ihrem Beschluß nur an die Bestimmungen des Statuts gehalten. Im übrigen verweise sie auf die Sammlungen des A.D.G.B.

Walther (SPD.): Der Beschluß der Kommission und der Vorstandes beweist, daß bei der Mehrheit der

Haß gegen Sowjetrußland und die Parteilichkeit das rein menschliche Gefühl über-wogen hat. Er fordere den Verbandstag auf, entgegen dem Beschluß der Rechnungskommission dem

Antrag für die Russenhilfe zuzustimmen.

Zu großer Unruhe kam es, als ein rechtssozialistischer Redner, ohne den Beweis zu erbringen, behauptet, daß die Kommunisten in den Betrieben vor den Sammlungen händeln.

Dikmann-Gillingen (SPD.) stellt demgegenüber fest, daß dort, wo — wie in seinem Bezirk — die Kommunisten in der Mehrheit sind, überall beschlossen wurde, einen vollen Tageslohn an die Russenhilfe abzugeben.

Nach Annahme eines Schlußantrages wird auf Antrag der Kommission namenslich abgestimmt.

Auf Antrag der Rechnungskommission wird beschlossen, die Diäten für die Delegierten auf 50 Mark pro Tag festzusetzen. Als Fahrgeleitfähigkeit werden 20 Bsp. bis 20 Kilometer, 45 Bsp. von 20 bis 50 Kilometer, und 40 Bsp. über 50 Kilometer festgelegt.

Fortsetzung der Diskussion über den Geschäftsbericht.

Stumme (SPD): Wir freuen uns über die Einsicht, die in der Rede Dismanns zum Ausdruck kam.

Der englische Bergarbeiterstreik ist nicht, wie Walscher sagte, das wir alle bald wieder nur ein Mittelstücken in der Tasche haben, sondern wir sind uns so sehr darüber, als wir immer auf diesem Standpunkt gestanden haben.

Die Einsicht ist auch insofern gewachsen, als wir hier fast gar nicht mehr von Diktatur hören. Es ist so gekommen, wie ich in Stuttgart sagte, daß wenn wir erst einmal Augenzeugen aus Rußland über die Folgen der Diktatur in Sowjetrußland zu hören bekommen, dann die Einschüchterung charakteristisch wird.

Der englische Bergarbeiterstreik ist nicht, wie Walscher sagte, an dem Verfall der Führer zugrunde gegangen, sondern er scheiterte an der Tatsache des wirtschaftlichen Niederganges. In Bezug auf die verschiedenen Gewerkschaften bestreite ich, daß große Massen das Vertrauen zu den Gewerkschaften verloren haben.

Die Mitgliederbewegung des DDB, beweist das Gegenteil. Er schaue mit großem Optimismus in die Zukunft, denn im Laufe der letzten drei Jahre habe sich eine gewaltige Weltrevolution des Geistes vollzogen.

Nachdem sich der Redner noch in längeren Ausführungen für die bessere Ausgestaltung der „Metallarbeiter-Zeitung“ und der „Betriebsräte-Zeitung“ ausgesprochen hat, schließt er seine Ausführungen mit der formellen Aufforderung an die Kommunisten, sie möchten hier klar und deutlich erklären, wie sie sich zu dem auf dem letzten kommunistischen Parteitag angenommenen Richtlinien über die Gewerkschaftsarbeit stellen.

De Lignas (USP): In allen Reden, die bisher zum Geschäftsbericht gehalten wurden, ist an der zweijährigen Tätigkeit des Vorstandes verhältnismäßig wenig kritisiert worden. Das beweist, daß dieser die Geschäfte im Interesse des Verbandes geleistet hat.

Ich freue mich, daß die beiden Redner von rechts sich für den Zusammenschluß der Arbeiterkraft ausgesprochen haben. Wenn sie aber trotzdem glauben, unsere Stellungnahme in Stuttgart hier gegen uns auszuhebeln zu können, so muß ich sie daran erinnern, daß unsere damalige Kritik am Vorstand durch dessen Haltung im Krieg im höchsten Grade berechtigt und verständlich war.

Wir haben in Stuttgart gehaßt, aber wir hassen jetzt nicht mehr.

Der Redner vertritt dann, an einer Reihe von Beispielen nachzuweisen, daß nicht die den Rechtssozialisten entgegengekommen wären, sondern umgekehrt hätten sich diese ihrem Standpunkt genähert (Stoße Weiterleit).

Wenn die Kommunisten so viel von Massenaktionen reden, dann sage ich, daß diese nur erfolgreich sein können, wenn sie einem impulsiven Willen der großen Masse entspringen. Gemachte Aktionen dagegen werden immer scheitern müssen.

Es ist ungerade, den Gewerkschaftsführern Mangel an Mut zum Kampfe vorzuwerfen, denn meistens gehört vielmehr Mut dazu, den Streit zu stoppen als zum Streit aufzufordern.

Der Redner vertritt am Schluß seiner Ausführungen eine Resolution, in der dem Vorstand das Vertrauen ausgesprochen und die Stellungnahme der Unabhängigen zu den Gewerkschaftsfragen klargestellt wird.

Wegmann (SPD): Zunächst möchte ich auf die formelle Aufforderung des Kollegen Kummer im Namen meiner Fraktion erklären, daß wir unsere Stellungnahme zu den auf dem letzten kommunistischen Parteitag angenommenen Richtlinien in der Gewerkschaftsfrage in der nächsten Sitzung durch eine schriftliche Erklärung darlegen werden.

Weder Dismann in seinem Vorstandsbericht, noch die Redner der Rechtssozialisten und der Unabhängigen sind bisher auf die grundsätzliche Frage der Taktik und Aufgaben der Gewerkschaften eingegangen. Trotz aller Schärfe der Polemik zwischen Saas und Kummer auf der einen, Dismann und Lehmann auf der anderen Seite ist zu erkennen, daß sachliche Gegensätze zwischen den beiden Richtungen so gut wie gar nicht mehr vorhanden sind.

Die Kollegen im Reich werden es daher umso weniger verstehen, daß die genannten Redner den größten Teil ihrer Ausführungen auf die fast nur persönlichen Differenzen beruhen, dagegen über die dringenden Aufgaben des Verbandes sehr wenig zu sagen wußten. Soweit in der von der SPD vorgelegten Resolution auf die Fragen Bezug genommen wird, muß festgestellt werden, daß darin nicht klar ausgesprochen wird, was sie eigentlich wollen. Vielmehr sind wahrscheinlich mit Rücksicht auf die Wiedervereinigung mit der USP die Forderungen in einer sehr verwickelten Form aufgestellt worden.

Wenn Dismann und auch einige andere Redner darauf hinweisen, daß in aller nächster Zeit der Betriebsrätekonferenz über die einwirkende Taktik bei den Lohnkämpfen Beschluß faßt werden und die Generalversammlung daher sich nicht jetzt schon festlegen könne, so steht doch schon jetzt fest, daß man, wenn der Betriebsrätekonferenz wirklich zustimmen will, die dortigen Delegierten auf die Verbandsgeneralversammlungen verwiesen wird. Die Generalversammlung hat allen Anlaß, sich ein derartiges Ziel nicht gefallen zu lassen.

Wir Kommunisten sind hierher gekommen, um in geistigem Ringen mit den andergerichteten Kollegen den Weg zu suchen und festzulegen, auf dem wir am schnellsten zur Befreiung des Proletariats kommen. Von der SPD und zum großen Teil auch USP trennt uns da ein großer Unterschied der Auffassung. Während diese glauben, die kapitalistische Wirtschaft durch Reformen wieder in Gang bringen zu können, sagen wir, daß dies unmöglich ist.

Wohl kann das Tragen der Ätzen und Dividenzen, die Vererbung des Kapitalismus und ähnliche Erscheinungen den Glauben erwecken, daß die Krise für den Kapitalismus überwunden wäre. Bei genauer Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse, im nationalen und internationalen Maßstab, zeigt sich, daß die ideologisch gemäßigten Ergebnisse der Niederwerfungen des kapitalistischen Zerfalls sind. Die hohen Unternehmerrgebnisse sind neben ungeheuren Rückschlägen auszuscheiden nur auf das Sinken des Schwertes zurückzuführen.

Der Redner erbringt durch das Vorlesen einer Reihe statistischer Zahlen den schlagenden Beweis, daß die kapitalistische Wirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt immer mehr chaotischen Charakter annimmt. Daß die Arbeiter in Deutschland, als Angehörige des besiegten Staates, darunter am meisten leiden, geht schon aus der Tatsache hervor, daß sie heute schon weit schlechter entlohnt werden, als selbst die Arbeiter Japans. Es steht also fest, daß die fortschreitende Verarmung des Proletariats unter der kapitalistischen Wirtschaft nicht aufgehalten werden kann.

Aus alledem hat die Internationale der Gewerkschaften die Schlüsselfolgerungen gezogen, die wir Kommunisten ihnen hier vortragen, d. h. der ganze Kampf der Gewerkschaften muß eingestellt werden auf den

Sturz der kapitalistischen Herrschaft. Auch wir wissen, daß man das nicht von heute auf morgen machen kann, aber es ist ein Unterschied, ob man, wie wir, bei jedem proletarischen Kampf dieses Ziel im Auge hat, oder ob man, wie die Vertreter der Amerikaner Internationale, sich auf den Standpunkt stellt, daß man die kapitalistische Wirtschaft wieder aufbauen

wolle. Wohl hat die Amerikaner-Internationale in einer großen Anzahl von Kundgebungen erklärt, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. In der Praxis hat sie sich aber immer als besten Feind erwiesen. Denn ihre Vertreter haben in Washington sowohl wie in Spa und liegen heute noch in Genf beim internationalen Arbeiterkongress mit unseren Klassenfeinden, mit den Kapitalisten zusammen, um mit ihnen über die Art der kapitalistischen Ausbeutungsmethoden zu beraten.

Wir sind heute noch in der Unwissenheit, aber wir sind der tiefsten Überzeugung, daß die Zukunft unserer Aufregung

Um die Sektionen der Kommunistischen Jugend-Internationale.

Die Kommunistische Internationale veranstaltet in der Woche vom 2.-9. Oktober eine internationale Werbe-woche. Alle ihr angeschlossenen Sektionen haben die Pflicht, in dieser Woche unter Einschaltung aller Kräfte eine umfassende Propaganda für die kommunistische Gesamtbewegung zu entfalten und ihre neue Anhänger und Mitkämpfer zu werben.

Wir fordern deshalb die Verbände auf, sofort alle nötigen Vorbereitungen zu treffen, um alle Kräfte für diese Woche zu mobilisieren. Jede Gruppe, jede Kindergruppe muß ihr lehrtes Mitglied heranziehen und ihm eine besondere Aufgabe zuweisen. Sofort sind in die von den Parteien für diesen Zweck eingesetzten Kommissionen örtlich und zentral-Vertreter zu entsenden. Wo sie noch nicht bestehen, ist darauf zu drängen, daß sie geschaffen werden.

Die Verteilung der Kräfte muß mit der Partei gemeinsam geschehen, damit nicht unnötig doppelte Arbeit geleistet wird und andererseits nicht irgend welche Gebiete unbearbeitet gelassen werden. Nach Möglichkeit soll versucht werden durchzuführen, daß die Mitglieder unserer Bewegung und der Kindergruppen für die KP. und umgekehrt die Mitglieder der KP. für die Jugendbewegung und Kindergruppen tätig sind.

In gegenseitiger brüderlicher Hilfe soll sich die Arbeitsgemeinschaft dieser drei Zweige der Gesamtbewegung verwirklichen. Das Ziel ist: Sammlung neuer Mitkämpfer in den Reihen der kommunistischen Gesamtbewegung!

Den Verbänden ist es überlassen, die konkreten Parolen dafür entsprechend der Situation in den einzelnen Ländern selbst zu geben.

Und nun auf aus Wert! Trefft alle Vorbereitungen! Rüttelt die Säumigen auf! Das letzte Mitglied muß heran! Sammelt und werbt!

Für die Kommunistische Internationale! Für die Kommunistische Jugendinternationale! Für die Massenfront der proletarischen Klasse!

Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

recht gehen wird. Wir werden uns nicht abhalten lassen, unter der Arbeiterkraft überall und bei jeder Gelegenheit für unsere Ideen zu wirken und alle die zu belämpfen, die das Proletariat vom Klassenkampf abhalten wollen.

Der Vorstand teilt mit, daß das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag 31 (Rufenhilfe) noch nicht bekanntgegeben werden kann, weil die komplizierte Abstimmung noch nicht beendet sei.

Gewerkschaftliches.

Der Fabrikarbeiterverband für Abschaffung des Achtstundentages.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund kommt in seinem Korrespondenzblatt zu dem Schluß, daß der gegenwärtig vorliegende Arbeitszeitgesetzentwurf in seiner heutigen Gestalt zu einer völligen Abschaffung des Achtstundentages führen würde und daß die Arbeiterkraft ihn auf das schärfste ablehnen muß.

In dieser Beziehung können wir dem ADGB völlig zustimmen. Um so jüngerbar wird es heute Zeile der deutschen Arbeiterkraft berühren, wenn eine freie Gewerkschaft, der Verband der Fabrikarbeiter, in seiner Zeitung, Nr. 33 des „Proletarier“, den Gegenentwurf für durchaus annehmbar zu halten scheint. Der „Proletarier“ schreibt:

„Abgeschlossen ist zu dem für das deutsche Wirtschaftsleben überaus wichtigen Gegenstand, der demnach die geistig-gebräuterten Körperkräfte beschäftigen wird, zu bemerken, daß grundsätzlich der Achtstundentag aufrecht erhalten wird, auf der anderen Seite aber versucht wird, in Übereinstimmung mit dem Washingtoner Abkommen die bisherige unterschiedliche Behandlung aller gewerblichen Arbeiter ohne Rücksicht auf die Schwere der Beschäftigung, wodurch dem Achtstundentag zahlreiche Gegner erwachsen sind, zu beilegen, ferner eine gewisse Beweglichkeit bei der Regelung der Arbeitszeit zuzulassen, um dadurch den wechselnden wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen zu können.“

„In dem achtstündigen Segner, die dem Achtstundentag er-wachsen sind“, bedeutet auch der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes zu gehören, der so offen es mag, für die Beseitigung des Achtstundentages einzutreten, denn anders können wir keine Auslassungen nicht verstehen. Die Mitglieder dieses Verbandes werden gut tun, ihrer Meinung etwas auf die Finger zu legen und in allen Ortsvereinen zu der unerhörten Auf-jählung ihres Verbandsvorstandes sofort Stellung zu nehmen.“

Antrag der Landeseisenbahner an die Großstadt-Kollegen.

Von jährlichen Eisenbahnern der Ostklassen D und E wird uns dieser Antrag mit der Bitte um Veröffentlichung zuge-schickt:

Durch äußerliche wirtschaftliche Notlage sehen wir uns veranlaßt, der Presse folgenden Artikel zu übergeben. Wir er-warten nun schon jahrelang den Abschluß der Verhandlungsord-nung und die endgültige Regelung des Ostklassengesetzes. Nun hat man zwar bisher mit Notizen und dergleichen reichlich behauptet, jedoch waren diese Falschmitteln wie dazu angetan, das Problem zu lösen. Wir waren infolge der schlechten Entlohnung dauernd in schwerer wirtschaftlicher Not. Uns droht jetzt völlige Verelendung bei Zulassung der Brot-herabsetzung, die ohne weiteres eine Erhöhung der anderen Lebensmittel und Bedarfsartikel nach sich ziehen wird.

„Proletarier! Klassenkämpfer! Die Agrarpolitik, die diese Brotverderberhöhung auslöst, ist schlimmer als die so sehr ver-urteilte englische Hungerplöde. Auch hier werden tausende unglückliche Kinder, mittellose Greise, selbst ganz Familien dem langsamen Hungertode preisgegeben.“

„Denn wir Arbeiter! Im Jahre 1920 führten unsere Eisenbahner-Organisationen einen schweren Kampf um die ge-jorderte Lohnmassenregelung. Ein Kompromiß, der den Kampf ab-broch, brachte die Eisenbahner in die gefährliche Falle 60, im aus-gewählten 2. Heftung pro Stunde. Die unglücklichen Fälle waren also für uns „Landeseisenbahner“ der Gefahr, und bei der neuen Gehalts- und Lebensregelung wurde dieser Gegen-satz verschärft.“

Eisenbahner! Kollegen der Großstädte! Auch wir eine Un-terstützung müssen wir angehen! Auch ihr wißt, daß wir Land-eisenbahner unter der Spannung des Ostklassengesetzes un-geschmerzt zu leiden haben. Bergeht uns nicht bei künftigen For-derungen und schenkt nicht, wenn man einen Wäutchen ein-geworfenen castrischen hat, sondern legt eine ganze Kraft

so lange ein, bis man auch uns das Notwendige zugestanden hat. Wir Landeseisenbahner fordern:

- 1. Daß die Gewerkschaften mit allem Nachdruck, selbst unter Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Mittel, die Befolgung einschließlich des Ostklassengesetzes, und zwar nach den Grundfragen vom 7. 1. 21 unverzüglich zum Ab-schluß bringen, so daß die in diesem Sinne geregelten Aus-zahlungen spätestens am 1. 10. 21 beginnen. Daß man also nicht wieder mit einer gewissen Vorkleppungstaktik ar-beitet und wir die geregelte Bezahlung erst dann erhalten, wenn sich die Balutverhältnisse bereits so geändert haben, daß unsere Forderungen dadurch illusorisch gemacht wer-den.

- 2. Daß man den jetzigen teuren Verhältnissen Rechnung trägt und gewerkschaftlicherseits alles ausbietet, die schwankende Feuerungszulage dementsprechend zu erhöhen.

- 3. Daß man die Spannung des Ostklassensystems nicht wie-der auf die Feuerungszulagen überträgt, sondern berück-sichtigt, daß die Feuerung gleichmäßig zunehmend ist; mit-hin die Erhöhung der Zulage ebenfalls gleichmäßig zuge-standen werden muß.

- 4. Daß man von seiten der Gewerkschaften wiederum dafür eintritt, der wirtschaftlich-ökonomischen Struktur Sach-sens Rechnung zu tragen, und versucht, das Dreiklassensystem durchzubrüden. Ein Fünfklassensystem muß für Sach-sen von vornherein als undiskutabel zurückgewiesen werden.

Proletarier! Klassenkämpfer! Wir werden unsere For-derungen unseren Gewerkschaften unterbreiten und streng dar-über wachen, daß letztere unsere Forderungen vertreten. Unsere Führer sind moralisch dazu verpflichtet, uns in dieser Weise zu unterstützen.

Beilegung des Konfliktes im Bauarbeiter-Verband Halle.

Wie erinnerlich, führte die Bewilligung von je 5000 Mark Beihilfe für die Chemnitzer streikenden Kollegen sowie für die „Rote Hilfe“ zu einem schweren Konflikt zwischen dem Vor-stand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes und den geschäfts-jährlichen Bevollmächtigten, die die entsprechende Willens-äußerung der Mitgliedschaft ausgesprochen hatten. In einer Mit-gliederversammlung nahmen die Bauarbeiter Halle zu dieser Frage Stellung und beschloßen, ihrem Verbandsvorstand, dessen mehrfache Spaltungsversuche hinreichend bekannt waren, keine Gelegenheit zu geben, auch die halleische Ortsgruppe zu zerrüttern. Sie faßten deshalb den Beschluß, die 10000 Mark durch freiwillige Sammlungen wieder aufzubringen und teilten ihre Stellungnahme dem Vorstand des Bauarbeiterver-bandes mit. Nunmehr ist die Antwort des Verbandsvorstandes eingelaufen. Er teilt mit, daß er von den in Aussicht genom-menen Maßnahmen betreffend Anschluß der drei geschäfts-jährlichen Mitglieder aus dem Verbandsverbande zurzeit Abstand nehme. Ob er dauernd auf diese Strafe verzichten könne oder ob er darauf zurückkommen müsse, hänge davon ab, ob der Verein Halle in Zukunft nach den Verbandsstatuten geführt werde oder nicht. Den drei Geschäftsführern werde eine strenge Rüge erteilt und die fristigen 10000 Mark seien durch freiwillige Sammlung aufzubringen. In einer neuerlich ein-berufenen Mitgliederversammlung erklärten sich die halleischen Bauarbeiter mit dieser Beilegung des Konfliktes einverstanden, wodurch trotz aller Bemühungen Paplows die Einheit der halleischen Bauarbeiterbewegung erhalten bleibt.

Zum Lohnkampf im graphischen Gewerbe.

Einheitsfront auch bei den Buchbinderern. In der gestrigen Sammlerversammlung der Leipziger Buchbindergehilfen im Volkshausaal wurde einstimmig der von den drei Fraktionen (SPD, USPD, SPD) gestellte Antrag zur Tarifaus-schließung am 19. September 1921 zum Beschluß der Ver-sammlung erhoben. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

- 1. Der Grundlohn der jetzt geltenden tariflichen Sätze ist zu verdoppeln.

- 2. Für die Berechnung am Rasten und an der Schmalstanz tritt ebenfalls eine Verdoppelung ihrer Sätze ein.

- 3. Die Maschinenleheraufschläge sind zu verdoppeln.
- 4. Die bisher über Minimum gezahlten Sätze sind min-destens in derselben Höhe weiterzuführen.

- 5. Eine neuzeitliche Feuerungszulage in Höhe von 60 M. soll als Ausgleichsumme für die vier in ihrer Erhöhung abweichenden Klassen dienen.
- 6. Sollen für Berlin und Hamburg wie bisher höhere Feuerungszulagen gewährt werden, so ist für Leipzig derselbe An-spruch zu bewilligen.

- 7. Sollte für die Tarifausschließung aus prinzipiellen Gründen diese Vorlage nicht in Frage kommen, so ist unter Zugrundelegung aller bisher gezahlten Sätze (Grundlohn, Feuerungszulage, Wirtschaftshilfe usw.) eine weitere Zu-lage von mindestens 100 M. zu gewähren.
- 8. Die Lehrlinge sind entsprechend zu berücksichtigen.

Die Märzaktion vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags

Der Schwindel

vom Kommunistenterror im Leunawerl.

Sitzung vom Donnerstag, 15. September.

Der Untersuchungsausschuß des Landtags über die Märzunruhen hat seine Verhandlungen fortgesetzt. Der Vorsitzende teilte mit, es sei vom Leiter der Meißelwerke Magdeburg, K. Reising, ein Schreiben eingegangen, in dem er auf das bestimmteste versichere, einen Bericht des Merseburger Regierungspräsidenten über das Bestehen einer „Roten Armee“ nicht erhalten zu haben.

Direktor Oster vom Leunawerl: In großen Werken wären Diebstähle nicht zu vermeiden, aber im Leunawerl hätten sie in den ersten Monaten d. J. einen sehr großen Umfang angenommen. Am 12. März habe er beim Regierungspräsidenten in Merseburg Hilfsmaßnahmen beantragt. Dieser habe ihn mitgeteilt, daß am 19. März die Hörsingische Aktion in Mansfeld beginnen würde. Er sei am 13. März nach Magdeburg gefahren und habe Hörsing den Vorstoß gemacht, die Polizei zuerst nach Leuna zu schicken, um dort „verfassungsmäßige Zustände“ herzustellen. Hörsing erklärte, er könne von seinem Plan gegen Eisleben nicht abgehen; dem Zeugen riet er, die Zäune zusammenzubringen, nach Leuna käme die Polizei später. — Vorsitzender: War der Betrieb des ganzen Werkes durch die Diebstähle in Frage gestellt? — Zeuge: Das nicht. — Abg. Krüger: Ist einmal von Arbeitern droht worden, beim Einmarsch der Technischen Nothilfe das Werk in die Luft zu sprengen? — Zeuge: Der Einmarsch der Technischen Nothilfe wurde uns bei einem Angestelltenstreik angeboten. Wir mußten sie ablehnen, denn in einem solchen komplizierten Betrieb kann die Nothilfe nichts ausrichten. Das Gerede von dem „Werk in die Luft sprengen“ habe ich nie ernst genommen! Abg. Neumann: Glauben Sie, daß die Massen Diebstähle ein Mittel zum Aufruhr waren? — Zeuge: Ja, ich nehme an, daß die Belegschaft dadurch aufgeputzt werden sollte. (1) — Abg. Liebnecht: Mich überrascht die Schnelle der Ereignisse in den Tagen vom 9. bis 11. März. Herr Zeuge. Am 9. März erst besaß sich auf Ihre Veranlassung der Betriebsrat mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Diebstähle und am 11. März verlangen Sie nach polizeilichen Maßnahmen? — Der Zeuge weiß darauf nichts zu sagen. — Auf die Frage, wie hoch der Produktionsausfall infolge der Märzereignisse auf dem Leunawerl gewesen sei, wird erwidert, 6000 Tonnen. — Abg. Liebnecht fragt, ob auf diesen Verlust der Angriff der Polizei einen besonderen Einfluß ausgeübt hätte, und ob die

Notstandsarbeiten von den Arbeitern bis zur Befreiung weitergeführt worden seien, in der Absicht, die alte Produktionsfähigkeit des Werkes zu erhalten?

Der Zeuge erwidert, in die genannte Zahl sei der Verlust durch die vollkommene Stilllegung bei der Erstürmung des Werkes einbezogen. — Abg. Kuttner: Es wird behauptet, auf dem Leunawerl sei ein Terror zugunsten der kommunistischen Partei ausgeübt worden; haben Sie dafür Beweise? — Direktor Oster weiß darauf nichts weiter zu entgegnen, als daß die Arbeiter Sonderbeiträge für eine Druckereigenossenschaft, für eine Kampforganisation und zur Unterstützung des Streiks in verschiedenen Häusern zahlen müssen. — Kuttner meint, es würde ihm klar, daß es sich bei dem „Terror“ mehr um einen Druck im Sinne der proletarischen Solidarität handelt. Als vom Abg. Heidenreich erneut Fragen über „Terror“ gestellt werden, die der Zeuge immer wieder negativ beantwortet, meint der Vorsitzende, wenn man nicht Erzeugnisse des Terrors an Einzelsfällen beweisen könne, sei das, was der Zeuge bisher gesagt habe, nur eine subjektive Meinung. — Ueber die Zahl der Waffen befragt, meint der Zeuge, sie nicht angeben zu können. Auf eine weitere Frage erklärt er, mit dem Betriebsrat, der in großer Mehrheit aus Mitgliedern der Vereinigten Kommunistischen Partei bestanden hätte, wäre die Werksleitung sehr gut ausgekommen. Als der Abg. v. Dryander aus einer Denkschrift betreffend das Leunawerl nach den Akten des Reichswehrministeriums Fragen formulieren will, wird festgestellt, daß die Denkschrift mit dem Wortlaut der in Franke's Verlag erschienenen Broschüre übereinstimmt. Als v. Dryander hinzufügt, die Broschüre sei in Händen des Majors v. Schleichner war der Drucklegung gewesen, erklärt der Vorsitzende, nachdem er dies erfahren, sei seine bisherige Ansicht über den Wert der Schrift erschüttert. Auf Befragen des Genossen Kilian erklärt Direktor Oster, daß der Betriebsrat ehrlieh befreit gewesen sei, die Diebstähle zu unterbinden. Er wolle die Arbeiterschaft des Werkes nicht in den Ruf von Räuberbanden kommen lassen. Die Tätigkeit des Betriebsrats unter Führung von Daniel und Koenen sei allerdings durch die Nebenregierung der sogenannten „politischen Vertrauensleute“ beeinträchtigt worden.

Zeuge Daniel, Obmann des Betriebsrats, erklärt, daß dieser sich die größte Mühe gegeben habe, die Diebstähle zu beseitigen. Er habe seine Maßnahmen hiergegen mit vollem Einverständnis sämtlicher Vertrauensleute getroffen. Man war überzeugt, daß Eigentumsvergehen das Ansehen der Belegschaft schädigen, aber man habe nicht die Not der Arbeitskollegen befürchten können, insbesondere der bisher Arbeitslosen. Zuerst habe man Abfallholz, das sonst in den Schuttbergen getreten wurde, mitgenommen; dies habe die Werksleitung ausdrücklich gestattet. Aber später habe man auch Rugholz zerschritten und es sei leider auch Laubsäge, daß bei der Kontrolle ein Förstner verprügelt wurde.

Solche Personen, die gewalttätig gegen Kollegen wurden, seien sofort zur Entlassung gekommen auf Veranlassung des Betriebsrats.

Die Möglichkeit, daß im Interesse von hiesigen Firmen Gerüstholz gestohlen wurde, bestreite jedenfalls. Die RPP habe die Gewalttaten gleichfalls verurteilt, aber sie habe die Ansicht verbreitet, daß der Kapitalismus auch dadurch wirksam bekämpft werden könne, daß jeder sich nehme, was er brauche. Im Betriebsrat bzw. Betriebsausschuß seien RPP, USP und SPD vertreten gewesen. Die RPP habe sich grundsätzlich von der Beteiligung am Betriebsrat ausgeschlossen. Vom Vorsitzenden befragt, ob die Arbeiter durch Terror zu Beitragszahlungen gezwungen worden seien, erklärt der Zeuge, davon könne keine Rede sein; aber es gäbe auch im Leunawerl Leute, die sich scheuen, Opfer für die Wahrnehmung ihrer Interessen zu bringen; die zwar teilnehmen an den Ertragsleistungen der Organisationen, die sich aber stets von der Ausbringung der benötigten Geldmittel drücken. Auf diese Leute sei natürlich in gewisser Beziehung ein Druck ausgeübt worden. Die Beitragsleistung von 5 R. pro Woche für die Ausgehenden von Lebensmitteln sei auf Beschluß der gesamten Vertrauensleute durchgeführt worden; aber der Betriebsrat habe öffentlich erklärt, daß niemand zur Zahlung gezwungen sei. Der Zeuge Oster hatte ausgesagt, daß im Werke Marken mit dem Aufdruck „Kampforganisation“ verkauft worden wären. Der Zeuge Daniel, vom Genossen Kilian befragt, von wem diese Marken stammten, erklärt, auf dem Werke sei nur zu wirt-

schastlichen und politischen, nicht aber zu militärischen Zwecken gesammelt worden.

Abg. Heidenreich: Ist von Arbeitern die Entlassung von früheren Reichswehrangehörigen gefordert worden? — Zeuge: Ja, aber dem ist in keinem Falle durch den Betriebsrat entsprochen worden. Die Vertrauensleute haben diese Forderung gebilligt. Es ist auch niemand entlassen worden. Auf Frage des Abgeordneten Heidenreich: Drei Leute, die einen Meister außerhalb des Werkes verprügelten, sind durch den Betriebsrat entlassen worden. — Die Frage des Vorsitzenden:

Waren im Leunawerl Waffen?

beantwortet der Zeuge wie folgt: Nach dem Knapp-Busch waren 6 Maschinengewehre und 800 Gewehre dort. Es wurde beschlossen, die Waffen abzugeben. Der größere Teil ist auch abgeliefert worden, nur einzelne Waffen hat man versteckt. Ueber die Bewaffnung im März kann ich nichts sagen, da ich am 25. das Werk verlassen habe, doch erfuhr ich, daß damals 55 Gewehre vorhanden waren, darunter mehrere ohne Schloß. Nach dem Ausbruch des Streiks, als der Betriebsrat durch den Aktionsausschuß ersetzt war, hat die RPP vollkommen geherrscht.

Das handrechtliche Erschießen im Leunawerl vorgenommen seien, habe er nicht gesehen, aber er habe am 3. Feiertag, nachdem Frauen und Mädchen klagend zu ihm kamen,

in der Leichenkammer die Toten besichtigt, um 3,30 Uhr nachmittags habe er 25 oder 26 Leichen gesehen, 4,15 Uhr seien es 5 mehr gewesen, davon lagen zwei nach auf der Bahre, ihre Kleider waren mit frischem Blut durchtränkt, die beiden hätten Herzschläge gehabt.

Leichenstarre war bei ihnen noch nicht eingetreten. Wie sie zu Tode gekommen seien, darüber müßte er sich des Urteils enthalten.

Steht Sowjetrußland bei



Im Kampf gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt

Zeuge Mundry, Mitglied des Bezirksausschusses vom Leunawerl, befragt im wesentlichen die Angaben Daniels. Wer nichts geben wollte bei Sammlungen, habe nichts gegeben. Wer nicht im Werk bleiben wollte, während der Kampfstage, konnte es ungehindert verlassen. Von großen Massenmengen habe er nichts bemerkt, obwohl sie ihm als Betriebsarbeiter nicht hätten verborgen bleiben können, wenn sie vorhanden gewesen wären. Die sogenannten „militärischen Formationen“, die auf dem Sportplatz exerzierten, waren unbewaffnet. Die Behauptung, daß 800 Gewehre im Leunawerl waren, halte er für unzutreffend; manche von den 15 Kompanien standen überhaupt nur auf dem Papier. Sie hatten keinen militärischen Charakter, nicht einmal den einer Feuerwehr.

Die Wahrheit über das Leunawerl.

Sitzung vom Freitag, 16. September.

Im Untersuchungsausschuß des Landtags sagte am Freitag Polizeimajor Unger, früherer politischer Kommissar der Polizeiverwaltung Halle, aus, in der Stadt Halle wären nach dem Knapp-Busch nirgends Waffen vorhanden gewesen, da sehr viele abgeliefert worden seien. Ein Teil der Waffen der Roten Armee sei jedoch nach Mansfeld und dem Geiseltal abtransportiert worden. Daß eine Rote Armee vorher organisiert war, könne er nicht sagen. Auf Befragen des Abg. Heidenreich schätzt er die Zahl der Arbeiter, die am Karfreitag von Halle nach Mansfeld zogen, auf 1500 bis 2000. Waffen habe niemand bei sich gehabt, was durch Kontrolle festgestellt worden sei.

Genosse Kilian bemerkt, wenn es wahr sei, daß Leunawerl am Grabe der Märzgefallenen öffentlich aufgefordert habe nach Mansfeld zu ziehen, dann spräche dies dafür, daß keine militärische Organisation bestanden habe. — Abg. Heidenreich: Hat nicht Bolschewik Anfang März am Schluß einer Rede gesagt, heute ist der erste Mobilmachungstag, formiert die Divisionen? — Zeuge: Ja. — Kilian: Haben Sie bei Ueberwachung von Arbeiterverfammlungen nicht schon in Friedenszeiten von sozialdemokratischen Rednern solche und ähnliche Wendungen gehört? — Zeuge (erzittelt): In früheren Zeiten hätte die Polizei so etwas nicht geduldet. — Abg. Kutschke: Von dem Waffentritt der Arbeiterbataillone hat Laßalle sogar unter der Herrschaft des Polizeipräsidenten Sinfelben sprechen

können. — Kilian: Ist Ihnen bekannt, daß in Halle Waffenlager bei rechtserhebenden Personen aufgehoben sind? — Zeuge: Jawohl; einmal wurde in den Frankischen Stiftungen ein größeres Lager von Gewehren beschlagnahmt, ein andermal am Bahnhof mehrere Kisten mit Gewehren.

Zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte führt das Verlangen des Abg. v. Dryander, den Zeugen sich über die Verhältnisse in der Halle'schen Polizeiverwaltung äußern zu lassen. Der Vorsitzende vertritt die Auffassung, der Zeuge sei zu einem wirklichen Bericht infolge seiner untergeordneten Stellung nicht in der Lage. v. Dryander widerspricht heftig und verlangt Entscheidung des Ausschusses. Dieser tritt mit Stimmenmehrheit dem Vorsitzenden bei. Darauf rufft der Deutschnationale eiligst seine Akten zusammen und will aus dem Saale reiten. An der Tür reißt er ein Fraktionskollege ein. Schließlich kehren beide wieder an den Verhandlungstisch zurück.

ParteiSekretär Kiewand, nach dem Knapp-Busch ein Jahr lang Polizeidirektor von Halle, bekundet, daß er während seiner Amtszeit verschiedentlich Anzeigen erhalten habe, daß in Studentenkreisen Waffen wären. In zwei Fällen habe er positive Feststellungen gemacht, einmal habe er acht Gewehre bei einem Bankbeamten beschlagnahmt lassen. Daß die Hausdurchsuchungen in Halle so wenig Erfolg gehabt haben, führt er darauf zurück, daß

die Beamten das Bestreben gehabt hätten, Waffen nicht zu finden.

Künftig sei ihm erschienen, daß in Zimmer B des Polizeidienstgebäudes eine größere Menge Waffen, Gewehre und Maschinengewehre mit reichlich Munition drei bis vier Monate lang untergebracht waren. Als er den Schlüssel zu dem Zimmer verlangt hätte, seien die Waffen anderntags durch Militärautos abgeholt worden. Er nahm an, daß die Waffen für einen bestimmten Zweck aufbewahrt wurden.

Bernhard Koenen aus Merseburg, bisher Betriebsobmann im Leunawerl, erklärt, es sei

in diesem Frühjahr nicht eine Steigerung der Diebstähle auf dem Werk eingetreten,

die Maßnahmen der Werksleitung zu ihrer Verhinderung seien nur scharfer gewesen. Dem Betriebsrat sei es leider nicht gelungen, seine Ansicht durchzusetzen, daß die Diebstähle und Schlägereien zu unterbleiben hätten. An der gewalttätigen Stimmung eines Teils der Belegschaft sei die Werksleitung selbst schuld. Wuscharbeiten wären im Werke immer gemacht worden von Arbeitern im Interesse der Meister und Beamten. Da sei es kein Wunder, daß die Arbeiterschaft sich in dieser Weise auch für sich betätigt hätte. Wenn sie aber die von ihnen gefertigten Gegenstände von geringerem Wert aus dem Werke bringen wollten, wurden sie abgesetzt, wohingegen diejenigen, die von der Werksleitung begünstigt wurden, für die kostbarsten Gegenstände den Ausgangsschein erhielten. Da sagten sich die Arbeiter: Was die im großen machen, das müssen wir doch im kleinen dürfen.

Diese Zustände hat die Werksleitung selbst geschaffen, und weil sie nun plötzlich im Frühjahr damit aufzuräumen wollte, ist es zu Zusammenstößen gekommen.

nicht weil jemand in der Arbeiterschaft für Diebstähle agitiert hätte. Das war der neue Kurs, den auch die letzten Festsetzungen der Werksleitung in Bezug auf das Arbeitsverhältnis widerspiegeln. — Abg. Christange: War an den Diebstählen nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeitern beteiligt? — Zeuge: Ja. — Abg. Neumann: Hat der Betriebsrat sich für die Bekämpfung der Diebstähle eingesetzt? — Zeuge: Wir haben den Diebstahl verurteilt und haben die Arbeiter darüber auch nicht im Zweifel gelassen; aber wir konnten ihnen die Meinung nicht nehmen, daß sie von den Unternehmern fortgesetzt bestohlen würden durch die überlange Arbeitszeit. Vielfach wurde uns von den Arbeitern entgegengehalten, daß mit Wissen der Werksleitung große Schieberereien gemacht würden. — Abg.: Haben Sie die Werksleitung auf diese Dinge aufmerksam gemacht? — Zeuge: Sehr oft; sie nahm aber für sich das Recht in Anspruch, bestimmte und Beschäftigten Vergünstigungen zu gewähren. — Vorsitzender: Sie hatten also die Auffassung, daß es sich hier um Protektion wirtschaftlich handle? — Zeuge: Jawohl, das war es auch und darüber war die Arbeiterschaft empört.

Dem Abg. Liebnecht bestätigt der Zeuge, es sei ihm bekannt geworden, daß Unternehmer sich gegenseitig Gerichte gestohlen hätten. — Abg. Kaufhold: Seit wann sind Sie nicht mehr im Leunawerl beschäftigt? Sind Sie freiwillig ausgeschieden oder entlassen worden? — Zeuge: Ich war von meiner Partei als Delegierter zum Moskauer Kongress gewählt. Als ich zur Ausübung des Mandats beurlaubt war, hat man mir die Kündigung Anfang Mai zugesandt. — Abg. Liebnecht: Meinen Sie nicht, daß die Werksleitung den Betriebsrat zur Durchführung der Maßnahmen gegen die Diebstähle eine längere Zeit hätte lassen müssen? — Zeuge: In drei Tagen ist es unmöglich, eine so große Arbeiterschaft umzustellen.

Vom Vorsitzenden befragt, ob im Leunawerl Terror gegen Angehörige der nichtkommunistischen Parteien geübt worden sei, erklärt der Zeuge, der größere Teil der Belegschaft habe gute gewerkschaftliche Disziplin besessen.

Ihr Verhalten, das man jetzt als Terror bezeichnen, sei nichts anderes gewesen, als das, was früher, vor dem Krieg, gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Grundsatz war.

Wenn in einem Betrieb die große Mehrheit gewerkschaftlich organisiert ist, dann kann sie verlangen, daß sich alle Arbeiter organisieren, und wenn auf die Nichtorganisierten in diesem Sinne ein Druck ausgeübt ist, dann ist das durchaus berechtigt, denn diese seien ein Hemmschuh der Arbeiterbewegung. Aber niemals sei jemand zur Entlassung gekommen, wenn er dem Verlangen nicht entsprochen hätte. Die Arbeiter hätten sie öfters gefordert, der Betriebsrat habe jedoch stets widersprochen und den Arbeitern empfohlen, die Indifferenten unter Augen zu halten und sie zu erziehen. Manchmal seien solche Disziplinen durch Verlegung der betreffenden Arbeiter in andere Werkstätten aus der Welt geschafft worden. Vom Terror bei Sammlungen könne keine Rede sein. Manchmal hätten ganze Betriebe sich nicht beteiligt. Diese wären dann, wie einzelne Personen, die sich ausgeschlossen hätten, an den Frangier gesteckt worden. Diese Maßnahme halte er für vollkommen in der Ordnung. Jeder könne das nennen, wie er wolle. (Murren bei den bürgerlichen Abgeordneten.) Im Leunawerl sei bisher ein einziger Fall von wirklichem Terror vorgekommen, und das sei die Beschickung des Werkes durch

die Arbeiter... (Text continues with details of the workers' movement and the role of the Communist Party in the struggle for workers' rights and the overthrow of the capitalist system.)

Die Leunabelegschaft wurde unruhig; viele Arbeiter fragten, ob man sich das gefallen lassen wollte. Die Erregung wuchs, als Nachrichten vom Kampfe in Mansfeld eintrafen, und um dieser zu Hilfe zu kommen, wurde auf Vorschlag des am 2. März gebildeten Aktionsausschusses der Generalstreik beschlossen. Ausdrücklich wurde festgelegt, daß der Betriebsrat in Funktion bleiben sollte, um die Kostenarbeiten zur Aufrechterhaltung des Betriebes durchzuführen. — Vorsitzender: Waren im Betriebsrat Gegner des Streiks? — Zeuge: In dem Tage, an dem der Streikbeschluß gefaßt wurde, nicht. Grundständige Gegner waren wohl überhaupt nicht vorhanden. — Vorsitzender: Namen Abgeordnete der kommunistischen Bezirksleitung aus Halle zur Förderung des Generalstreiks zum Aktionsausschuß? — Zeuge: Das ist möglich. Ich sah sie nicht, da ich der Sitzung aus taktischen Gründen fernblieb. Ich hielt es für meine Hauptaufgabe, den Betrieb unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. — Ueber die Bewaffnung der Leunabelegschaft befragt, erklärt der Zeuge, daß Waffen in der Turnhalle waren, habe er erst von einem Werksbeamten erfahren. Die Bewaffnung war sehr gering. Maschinengewehre habe ich nicht gesehen, obwohl ich bis zum Vorabend der Einnahme des Werkes dort war. Schätzungsweise waren 100 bis 200 Gewehre vorhanden. Später seien Waffen von auswärts ins Werk gebracht worden, wieviel, wüßte er nicht. Rotstandsarbeiter wären genügend zur Verfügung gewesen. Es sei auf Veranlassung des Betriebsrates im Geheiß sogar Kohle für das Werk gefördert worden. Diesmal seien die Rotstandsarbeiten verhältnismäßig leicht durchzuführen gewesen. Schwierigkeiten entstanden nur durch die Sabotage der Betriebsleiter und dadurch, daß die Werksleitung davonliefe. Der Betriebsrat wollte das Werk unter allen Umständen solange in Betrieb halten, als nicht Lebensgefahr bestände. — Vorsitzender: Sind die Betriebsleiter nicht von Posten bedroht worden? — Zeuge: Mir ist kein Fall bekannt. Die Betriebsleiter haben ausdrücklich erklärt, sie wollten sich nicht von jungen Bengeln kontrollieren lassen. — Vorsitzender: Konnte die Kontrolle nicht als Befähigung empfunden werden? — Zeuge: Ausgeschlossen; wer einen vorchriftsmäßigen Ausweis besaß, konnte die Tore vollkommen ungehindert passieren. — Genosse Hilian: Wissen Sie etwas davon, daß

in der Nacht vor der Einnahme nach Abzug der bewaffneten Arbeiter eine Versammlung die kampflose Übergabe des Werkes beschlossen hat? — Zeuge: Ich hörte, daß Angehörige des Betriebsrates, Angestelltenrates und Aktionsausschusses beteiligt gewesen sein sollen. Betriebsratsmitglieder erzählten mir, es sei beschlossen worden, die Posten außerhalb des Werkes am nächsten Morgen zurückzugeben, mit Ausnahme des Kommandeurs der Polizeitruppen zu fahren und das Werk zu übergeben. — Vorsitzender: Wissen Sie etwas von handreichlichen Erklärungen im Leunawerk? — Zeuge: Eigene Wahrnehmungen habe ich nicht gemacht, aber Leute, die als Gefangene im Zilo lagen, haben Schüsse gehört, lange nach der Einnahme des Werkes. Ein Arbeiter namens Lederer soll auf dem Sportplatz erschossen worden sein. Der Oberarzt hat mir gegenüber die Zahl der Toten auf 35 bis 40 geschätzt. Selbst gehört habe ich, wie im Werk ein Zivildienst zu einem andern sagte, er habe jeden einen Arbeiter getroffen, der Schüsse und Hohe an hatte, die ihn — dem Polizisten — im vorigen Jahre in Weizenfeld geschossen worden seien. Der Mann habe eine Waffe in der Hand gehabt, sie aber weggeworfen. Er habe ihn mit dem Kolben erledigt, denn die Augen waren für den Mann zu schade gewesen. Den Namen dieses Polizeibeamten habe er aus nachliegenden Gründen nicht nennen können. Auf Frage des Abg. Liebtuchthof befragt der Zeuge, daß durch die Reichsregierung durch Artillerie die ganze Gegend in Lebensgefahr gebracht worden sei, daß durch die Zerstörung einer Hochdruckleitung schließlich das Werk ganz abgeheilt und in Frage gestellt werden mußte. Man habe beklagt, daß durch den Ausfall der Stromproduktion viel Korn nicht geerntet werden könnte; dieser Ausfall kam auf das Konto derjenigen, die durch die Artilleriebeschüsse entgegen dem Willen der Arbeiter die Stilllegung des Werkes herbeigeführt hätten. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet Montag, den 26. September statt.

Aus der Provinz Schlefien.
Liebau. In einer überfüllten öffentlichen Volksversammlung sprach am Freitag in „Stadt Berlin“ der Genosse Scholze-Berlin über „Zerstückelung, Zerstörung und den Zusammenbruch des Wirtschaftens“. Ergreifend schilderte er an der Hand eines reichhaltigen Beweismaterials, wie weit das Elend und die Not bereits den Volkstörper angegriffen hat. Er ging auf die Ursache dieser Not ein und wies nach, daß diese Schäden nicht allein Schuld des Krieges, sondern überhaupt die Folgen des kapitalistischen Wirtschaftens seien. Die Parteien, in denen die Arbeiterklasse organisiert sind, haben, bis auf die kommunistische Partei, kein Ziel und keine Methode, um dieses System erfolgreich zu beseitigen. Im Gegensatz, im Preussischen Landtag und im Reichstag hat beispielsweise die große Sozialdemokratie alles getan, um dem Kapitalismus wieder aufs Pferd zu helfen. Sie war, Strig-dogelhalterin in der sozialen Arbeiterbewegung, wie Betriebsrätegesetz, Schlichtungsordnung und Tarifvertragsgesetz. Die Organisation der Lebensmittel bei Straß ist eine der vielen hundert Tücken, die die Rechtssozialisten auf dem Gewissen haben. Sind sie doch, wo sie genau wissen, wie schwer die Arbeitslosen, Insaliden usw. leiden, soweit gegangen, das Sparmaßregeln einzuführen, während sie im Landtag fast 300 Millionen Mark für die gegen die Arbeiter eingeleitete Sips bewilligten, den Kirchen, Klöstern und zuletzt dem deutschen Kaiser Millionen Kronen und Unterstützung anboten. Den Agraren und Kapitalisten erfüllten sie jede Forderung. So gar der „armen Kirche“, die über ein Vermögen von Milliarden im Reiche verfügt, bewilligte sie aufs neue 12 Millionen Zulage für Stipendien. Den Bischöfen bewilligten sie noch Gehaltszulagen in Höhe von 11 Millionen. So haben diese „Arbeiterverleerer“ für die weißen und schwarzen Generale gesorgt. In die Demonstrationen der

Arbeitslosen hat man hineingeschossen und die Angehörigen der Vermittler durch die rohe militärische Gewalt zum Weiterhinhin verurteilt. In der Bewilligung an die Kapitalisten hat man sich nicht genug betätigen können. Man hat mit Milliarden entschädigt und Renten entrichtet auf Kosten der Steuerzahler. Man hat den Niedern Liebesgaben in Form von Milliarden bewilligt. Man hat den Agrariern, statt sie zu erhöhter Produktion und Aufbau zu zwingen, eine Erhöhung nach der anderen bewilligt. Frühbrunspremien, Anreizprämien, das waren außer den Preiserhöhungen im Reichstag die Dinge, an denen die sozialdemokratischen Parteiführer mitgewirkt haben. Sie haben weder im Reich, noch in den Gliedstaaten eine sozialistische Politik getrieben. Das wird jetzt, wo die Massen unzufrieden sind, zum Verhängnis. Das Ultimatum wirkt sich jetzt aus, daß ja die Sozialdemokratie ohne jede Bedingung unterschrieb.

Die neuen Steuern wirken geradezu verheerend an der arbeitenden Klasse, während die Besitzenden vergnügt leben und nicht vom Elend merken. Der Referent stellte bei seiner Beweisführung über die ungerechte Verteilung der Steuern auch fest, daß die Mehrheitssozialisten das Erfurter Programm verlassen haben und ins Fahrwasser der bürgerlichen Politik mit vollen Segeln wieder einmal hineingeraten sind. Das können noch so radikale Löhne, die die Herren jetzt anschlagen, nicht hinwegnehmen. Der Referent begründet eingehend die Beschlagnahme der Kriegs- und Revolutionsgewinne und die Forderungen, die das Proletariat überhaupt politisch wie wirtschaftlich zu erheben hat. Vor allem darf den Herrschern, den Kirchen, der Reichswehr und Sips kein Pfennig bewilligt werden, weil diese Instrumente eine Gefahr für die Arbeiterklasse sind, wie es bis in die jüngste Zeit hinein bewiesen sei. Die Gewerkschaften und Parteien müssen durch den Willen der Arbeiter gezwungen werden, die Forderungen, die auf die Existenz der Arbeiterklasse hinführen, durchzuführen. Es gilt mit dem kapitalistischen System keine Arbeitsgemeinschaft zu schließen, sondern demselben den rücksichtslosen Klassenkampf der Arbeiter entgegenzustellen. Dieser Kampfeswille, der sich im Ziel dahin äußert, den Kapitalismus zu zertrümmern und die Herrschaft des Proletariats zu errichten, sei die beste Einigungsmöglichkeit und der stärkste Faktor, und dann wird die Arbeiterschaft in kommenden Kämpfen siegreich sein. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für sein vor-

treffliches, laudliches Votum. Da die Sitzung am 27. unter den anwesenden Arbeitern und Frauen fortsetzte, konnte die Versammlung ohne Diskussion geschlossen werden.

Nieder-Hermsdorf. Durch rasches, energisches Eingreifen der Arbeiter und Angehörigen wurde großer Schaden an Menschenleben und Material auf der „Glück hilf Friedenshoffnung“ verjüngt. Durch das Öffnenlassen eines Hahnes der Zuleitung zu den Benzolmotoren lief ein großes Quantum Benzol in die Maschine, das sich beim Andrehen derselben entzündete. Nur dem schnellen, entschlossenen Eingreifen der dort beschäftigten Arbeiter und Angehörigen ist es zu verdanken gewesen, daß keine größere Explosion entstand, die bestimmt alle Maschinen vernichtet und darüber hinaus die schwerste Gefahr für die in der Nähe arbeitenden Bergarbeiter heraufbeschworen hätte. Als die Gefahr äufferst groß war und die Gase sich ansammelten, blieben die von der Gefahr äufferst bedrohten Bergarbeiter an ihren Posten, bis ihnen unwohl wurde. Hierzu wäre zu bemerken, daß, wenn sich solches oder ähnliches Unglück noch einmal ergibt, die Bergarbeiter, die nichts mit den Rettungs- oder Unfallsverhütungsarbeiten zu tun haben, sich schneller, als es diesmal der Fall war, von ihren Plätzen zu entfernen haben, da sonst die Möglichkeit vorliegt, wenn die Katastrophe nicht abgewendet werden kann, sie sich ausbehnt auf die dort Arbeitenden und ihre Opfer fordert.

Lebensmittelverteilung.

1. Vom 15. September bis 27. September 1921. Griech auf Nahrungsmittelkarte 247 und Zusatznahrungsmittelkarte 57 nur in den an den Anschlagtafeln bekanntgegebenen Verkaufsstellen.
2. Vom 14. September bis 24. September 1921. Amerikanisches Weizenmehl auf Lebensmittelkarte L 16. Vom 12. September bis 18. September 1921 gilt der Brotmarkenstreifen Nr. 11, vom 19. September bis 25. September 1921 der Streifen mit der Nr. 12 aus dem Sammelbogen mit dem Verbandsdruck der „Engelhardt-Bräuerei“.
Breslau, den 10. September 1921.
Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannas, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, c. o. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei c. o. m. b. H. Berlin SW 48.

Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder
Breslau, Albrecht-Strasse 56

Zeit meiner letzten Offerte sind die Preise für Lebensmittel wieder ganz erheblich gestiegen und trotz alledem halte ich meine heutigen Vorkaufungen, der Zeit entsprechend, immer noch für sehr billig.

Es bietet sich somit immer noch günstige Gelegenheiten, sich bei mir vortheilhaft zu versorgen, denn zufolge rechtzeitiger und großer Einkäufe sind meine Preise häufig unter den heutigen Notierungen.

Nachgehend erziele ich aus der Fülle meines reichhaltigen Vorrats einiger Artikel heraus, die ich solange Vorrat wie folgt zum Verkauf stelle:

12 amerik. Schweinefleisch per Pfund Mk. 17.—
Feine Schmalz-Blätterchen frisch aus dem Hand, per Pfund Mk. 17.00
Margarine la. inische Jambur in 1 Pfd.-Stückchen per Pfund Mk. 11.50, 12.00 und Mk. 13.00
Margarine Marke „Weißer Hahn“ diese Qualität übertrifft vielfach Naturbutter per Pfd. Mk. 12.50
Anderthalb hervorragende Qualität per Pfd. Mk. 13.00
Ausgezeichnetes Schmalz, amerikan. gute Qualität, die Dose von ca. 5 Pfd. Mk. 32.00
Feinstes Schmalz, im Auschnitt per Pfd. Mk. 6.00
Feinere (schöne Schmalz) die 2 Pfd.-Dose Mk. 12.00
Feinstes, geräuchert und ungeräuchert, per Dose Mk. 7.50
Karamelle, Nougat, hergestellt mit 97% reinem Zucker per Pfund Mk. 1.00

Weizenmehl
(gute Qualität)

bei 1 Pfd.	10 Pfd.	100 Pfd.	500 Pfd.
Mk. 1.00	Mk. 9.50	Mk. 93.00	Mk. 700.00

Feiner Griech. L. per Pfd. Mk. 1.20
Margarine per Pfd. Mk. 1.20
Sonnenscheinbrot, alles aus Weizen - - - - - 1.50
Pflanz- oder Stroh- Weizen hergestellt - - - - - 1.20
Kornbrot - - - - - 1.00
Brotchen per Pfd. Mk. 1.00, 1.50 und Mk. 1.75
Soda, per Pfd. Mk. 1.20, 1.50, 1.75
Amerikanische Butter, per Pfd. Mk. 1.20
Süßes, in einer Sorte, per Pfd. Mk. 1.00
Süßes, per Pfd. Mk. 1.20, Schokolade, per Pfd. Mk. 1.50
Feine Schokolade in Sorten, per Pfd. Mk. 1.00
Süßes, in Sorten, in 50 Pfd., per Kiste Mk. 1.00
Cremehäutchen, kein Zucker, Größe in 50 Pfd., per Kiste Mk. 7.50

Leinwand, Marke „Lena“, per Stück Mk. 1.20
Korsetts mit 3 Stück Mk. 12.50, Korsetts mit 12 Stück Mk. 32.50

Sehr beachtenswert

Feine Schmalz-Blätter in 2- oder 4-Blätter
bei 1 Pfd. 1 Pfd. 5 Pfd. 10 Pfd.
Mk. 11.00 Mk. 11.50 Mk. 11.00 Mk. 11.00

Schokolade, Marke „Lena“, in 2- oder 4-Blätter
bei 1 Pfd. 1 Pfd. 5 Pfd. 10 Pfd.
Mk. 11.00 Mk. 11.50 Mk. 11.00 Mk. 11.00

Schokolade, Marke „Lena“, in 2- oder 4-Blätter
bei 1 Pfd. 1 Pfd. 5 Pfd. 10 Pfd.
Mk. 11.00 Mk. 11.50 Mk. 11.00 Mk. 11.00

Schokolade, Marke „Lena“, in 2- oder 4-Blätter
bei 1 Pfd. 1 Pfd. 5 Pfd. 10 Pfd.
Mk. 11.00 Mk. 11.50 Mk. 11.00 Mk. 11.00

Zubereitung auf Kaffee und Tee

Ersetzen die Preise für Kaffee und Tee in den letzten Tagen ganz erheblich gestiegen und das in der Hauptsache durch die Erhöhung der Marktpreise, die ich, um meine Preise nicht zu erhöhen, in einem Maße, als ich nicht mehr nachgeben konnte, bewirkt hat, daß von der Zubereitung in 3 Pfd. Kaffee und Tee für Preisverhältnisse, die von der Zubereitung her hergeleitet werden können.

3 Pfd. Kaffee, per Pfd. Mk. 11.—, 11.—, 21.00, 21.00, 21.00 u. 21.00
Kaffee, per Pfd. Mk. 11.00, 11.00, 11.00, 11.00, 11.00 u. 11.00
Kaffee, per Pfd. Mk. 11.00, 11.00, 11.00, 11.00, 11.00 u. 11.00
Kaffee, per Pfd. Mk. 11.00, 11.00, 11.00, 11.00, 11.00 u. 11.00

Verkauf und Versand nur Albrechtstrasse 56.
Wünschen unterhalte ich nicht.

Genossen! Genossinnen!
Denk an eure russischen Brüder!

Im ganzen Reiche kommt durch die fieberhafte Sammelthätigkeit das allgemeine Solidaritätsgefühl für Sowjetrußland zum Ausdruck. Wir in Schlefien haben die Aufgabe, unsere ganze Kraft für diese gute Sache einzusetzen. Darum, Genossen und Genossinnen, Arbeitsbrüder und -Schwestern, gebt, was in euren Kräften steht.

Sammelstellen, Marken usw. sind einzufordern beim „Hilfekomitee für Rußland“, Nicolaistraße 49/50.

Hauptsammelstelle für Kleider, Schuhe, Werkzeuge usw. Nicolaistraße 49/50.

Außerdem sind Sammelstellen eingerichtet in Breslau bei:

- Kupke, Ofener Str. 25 I.
- Standke, Brandenburger Str. 58 V.
- Wilhelm Heider, Bergstraße 29 II.
- Liebner, Schweinfeldstraße 20 IV.

Liedlich-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große September-Programm.

Kaufe
Neue Oberzeitung 1855 und ältere sozialistische Bücher, Zeitschriften, Revolutionsliteratur. Buchhandlung Streizand, Berlin, Augustburger Straße 38.

Die Dritte Internationale

ist die einzige Gegnerin der kapitalistischen Clique. Alle Mächte der Reaktion haben sich zum gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus und deshalb

fordert

die Dritte Internationale den engsten Zusammenbruch der revolutionären Arbeiterschaft. Um das zu erreichen, muß jeder Genosse und jede Genossin immer für Partei und Presse tätig sein. Genossen und Genossinnen! Setzt am Auf- und Ausbau der Partei und Presse! Zeigt

Taten!

Ich bestelle hiermit Exemplar der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Organ der kommunistischen Partei Deutschlands. (Selbst der kommunistischen Internationale.) Er erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 RM., wöchentlich 1.36 RM.

Name: _____
Voran: _____
Ort: _____
Straße und Hausnummer: _____